PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 16. August 1916. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Staatssozialismus.

In den Reihen der Mitgliedschaft des Deutschen Nationalausschusses ist ein Zwist ausgebrochen, der als solcher vielleicht noch beigelegt werden kann, aber auch dann eine gewisse grundsätzliche Bedeutung behält. Fünf hervorragende Mitglieder der Schwerindustrie sind unter Bezugnahme auf eine Stelle in der Rede ausgetreten, die Exzellenz Harnack im Rahmen der Veranstaltungen des Nationalausschusses am 4. August in Berlin gehalten hatte. Die getreffende Stelle lautet: „Das zweite große Ziel ist die Herstellung einer deutschen Gemeinwirtschaft, d. h. einer wirklich nationalen Arbeitsgemeinschaft .... Der Krieg hat den unerträglichen Mißstand aufgedeckt, unter dem wir hier leiden. Was haben wir vor dem Kriege besessen? Eine internationale Privatwirtschaft und neben ihr auf einigen Gebieten eine gut arbeitende fiskalische und militärische Staatswirtschaft. Was haben wir im Kriege erlebt? Die fiskalische und militärische Staatswirtschaft erweiterte sich und arbeitete in umfassender Weise, geleitet von genialen Männern, bald ausgezeichnet. Aber dagegen: Die internationale Privatwirtschaft brach zusammen. Die ausländische Konkurrenz fiel fort und eine unbekümmerte, lediglich auf Profit gestimmte, heimische Privatwirtschaft trat in weiten Kreisen an ihre Stelle. Wucherei und Hamsterei wuchsen auf. Und vom Geiste des August 1914 war hier wenig mehr zu spüren. Ich klage nicht einzelne an, obwohl einzelne es verdienten. Ich klage das ganze System an, dem sie unterlagen. Das System, welches den vollen Handelsegoismus und das rücksichtslose Verdienen auch im Krieg erlaubt, weil man hier überhaupt Grenzen nicht gekannt hat und kennt. Wenn es nun gewiß ist, daß wir das in einem Krieg nicht wieder erleben dürfen, so muß man schon im Frieden eine große Aenderung ins Auge fassen. Diese kann sich nur auf der Linie bewegen, auf der einige bedeutende Betriebe unserer nationalen Wirtschaft schon stehen. Ich denke an die Bergwerke, die Kohlen, den Forstbetrieb. Gemischte Unternehmungen brauchen wir hier in großer Zahl, an denen der Staat oder die Kommunen beteiligt sind. Nirgendwo soll der frische Unternehmersinn und die private Verantwortlichkeit ausgeschaltet werden; aber an den Bedürfnissen und dem Wohle des Ganzen soll sie ihre Grenzen finden. Dies kann nur die Gemeinschaft, repräsentiert durch den Staat, bestimmen."

Wenn die aus dem Nationalausschuß ausgetretenen Industriellen in den Worten Harnacks eine Beleidigung der deutschen Privatindustrie

sehen, so scheint sich das nur durch einen Irrtum über den Wortlaut seiner Ausführungen zu erklären. Denn wie immer man sich zum sachlichen Inhalt der angezogenen Stelle seiner Rede stellen mag, mindestens die Absicht der Beleidigung ist aus ihr nicht erkennbar. Nun sind allerdings in einzelnen Zeitungen Berichte über die Rede veröffentlicht worden, die nicht ganz einwandfrei waren und in einigen Provinzblättern auch schon zu erregten Kommentaren geführt haben. Diese Auszüge und Kommentare scheinen die Grundlage für die Austrittserklärung der Industriellen abgegeben zu haben. Vielleicht hat zu ihrem Entschluß auch eine gewisse Gegensätzlichkeit mitgewirkt, die zwischen der preußischen Industrie und einem Ministerium augenblicklich besteht. Da die Beziehungen Harnacks zu den leitenden Stellen des Preußischen Staates bekannt sind, haben die Herren vermutlich gemeint, Harnack habe irgendwie in höherem Auftrag eine programmatische Erklärung an jenem Abend abgegeben.

Wie sich dies auch verhalten mag, in sachlicher Hinsicht sind Harnacks Ausführungen nach verschiedenen Richtungen hin zu beanstanden. Gerade dann, wenn man im Endeffekt in mancher Hinsicht dasselbe will, wie er andeutet. Man hat in diesem Kriege mit den Reden von Professoren im allgemeinen keine zu günstigen Erfahrungen gemacht. Gerade die Vertreter der Wissenschaft sind es ja sonst besonders, die namentlich den Journalisten immer den Vorwurf mangelnder Gründlichkeit machen und gegen sie die Klage erheben, sie redeten zu viel von Dingen, die sie eigentlich nicht recht beherrschen. Nun, der Journalist kann sehr wohl einmal in der Hast der Tagesarbeit daneben greifen. Er will als Zeitungsschreiber kein Wissenschaftler sein. Aber der Wissenschaftler soll, wenn er Artikel in die Zeitungen lanciert oder Reden hält, sich seines wissenschaftlichen Charakters immer bewußt bleiben. Und er soll, lieber einmal darauf verzichten, zu einer politischen Tagesfrage das Wort zu ergreifen, als daß er sich den Vorwurf mangelnder Gründlichkeit zuzieht. Das hätte sich besonders Herr Professor Harnack sagen müssen, als er — ein Theologe — über volkswirtschaftliche Dinge zu sprechen anhub. Auch an dieser Stelle wollen wir der großen Bedeutung Harnacks für die deutsche Wissenschaft unsere Anerkennung nicht versagen. Aber bei allem Respekt vor dieser Bedeutung hätte ich doch gewünscht, daß gerade er bei der Beurteilung wirtschaftlicher Erscheinungen seinen Kollegen von der staatswissenschaftlichen Fakultät den Vortritt überlassen hätte. Gewiß, Harnack knüpft an eine Erscheinung an, über die zu sprechen jeder Staatsbürger das Recht hat. An Hamsterei und Wucher. Diese beiden Formen des staatsbürgerlichen Egoismus haben sich in den Jahren dieses Krieges erschreckend bemerkbar gemacht. Es ist Harnack auch darin zuzustimmen, daß es sich hier um Auswüchse der Privatwirtschaft handelt. Aber wenn es nur um diese Dinge ginge, so würden die unter dem Kriege besonders harten Strafparagraphen zu ihrer Bekämpfung durchaus genügen, und man brauchte nicht an eine Reform der Privatwirtschaft für die Zukunft zu denken. Es ist auch weiter vollkommen richtig, wenn Harnack eine Reihe von wucherischen Erscheinungen in Zusammenhang bringt damit, daß viele unter uns das Profitinteresse allem anderen voranstellen und der Meinung huldigen, es gäbe für das Verdienen keine Grenzen und keine Rücksicht. Mit all dem kann man sich einverstanden erklären, wenn es sich nur darum handelte, die Eigensucht gewisser Kriegslieferanten namentlich der vielen wie Pilze aus der Erde geschossenen Gelegenheitshändler und Gelegenheitsfabrikanten zu geißeln. Da es sich hier um eine ethische Wertung dieser Vorgänge handelt, so kann man gerade dem Theologen Harnack nicht einmal das Recht zu solchen Vorhaltungen abstreiten.

Aber in einem Punkt erscheinen die Ausführungen Harmacks nicht unbedenklich. Man hat den Eindruck, daß die ethische Wertung des Profitinteresses sich nicht nur auf bestimmte Auswüchse erstrecken, sondern in sich eine generelle Beurteilung unserer gesamten Privatwirtschaften bergen soll. Ich nehme an, daß das nicht in der Absicht des Redners lag. Aber es kann zweifellos herausgelesen werden, und das ist nicht ungefährlich, weil wir leider schon jetzt unter der Herrschaft des Burgfriedens vielfach einen Vorgeschmack davon bekommen, was wir nach dem Friedensschluß an Anklagen der verschiedenen Berufsstände gegeneinander erleben werden. Da tut kaltes Blut und gründliche Kenntnis der Dinge doppelt Not. Und man

sollte doch auch einmal objektiv den Nutzen anerkennen, den das sogenannte Profitinteresse für unsere Kriegführung gehabt hat. Entkleiden wir doch einmal das Wort „Profitinteresse" allen ethischen Nebensinnes. So ergibt sich: Die Leistungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden bedingt durch den Nutzen, den der einzelne Privatbetrieb durch seine Leistung wirklich erzielt oder zu erzielen hofft. Man mag die kapitalistische Wirtschaftsordnung an sich billigen oder mag sie im ganzen ablehnen. Solange wie sie existiert, wird das Profitinteresse ihr wirksamster Regulator sein. Und gerade dieses Interesse am Verdienen hat in den Anfängen unserer Kriegswirtschaft jene fabelhaften und schnellen Leistungen unserer Industrie geschaffen, denen wir unsere große technische Ueberlegenheit in den ersten Kriegsmonaten verdanken. Ich wage es zu bezweifeln, daß jemand aus Idealismus Granaten gedreht, Zünder verfertigt, Schwerter geschmiedet und Patronentaschen genäht haben wird. Im Gegenteil, rein materielle Gründe haben die Fabrikanten veranlaßt, ihre Fabriken, in denen tausendfältige Dinge für die Friedenswirtschaft hergestellt wurden, auf die Kriegsarbeit umzustellen. Sie standen vor der Frage, ob sie ihre Maschinen stillstehen und damit ihr Kapital zinslos liegen lassen, oder ob sie sich neuen Verdienst in der Kriegswirtschaft erarbeiten sollten. Und vor diese Frage gestellt, trieb sie schon der der kapitalistischen Wirtschaft immanente Zwang, zur Verzinsung ihrer Kapitalien sich dem Heere zur Verfügung zu stellen. Den hohen Preisen, die anfangs von den Industriellen erzielt wurden, stand aber doch ein beträchtliches Risiko gegenüber. Gewiß ist an diesen Preisen teilweise enorm verdient worden. Aber wie hätte denn die Sache ausgesehen, wenn der Krieg, wie die Fabrikanten nach dem ersten raschen Siegesanlauf vermuten mußten, nur mehrere Monate gedauert haben würde. In der Kalkulation der ersten Kriegslieferungen waren hohe Abschreibungsquoten enthalten. Hunderte von Millionen waren von der deutschen Industrie in Neuanlagen und Umbauten investiert worden. Mit einer Großzügigkeit, die Bewunderung erregte, war man an diese Ausgaben herangegangen. Wenn der Krieg zu Ende war, war ein großer Teil dieser Anlagen nutzlos, waren die Maschinen, die Tag und Nacht in Bewegung gehalten werden und vielfach nicht gerade von den geschicktesten Arbeitern bedient werden mußten, verbraucht. Dieses objektive Verdienst der deutschen Industrie darf nicht vergessen werden.

Es ist hier ferner zu erwähnen, daß das Profitinteresse sich doch nicht immer und überall in der kleinlichen Sucht der einzelnen Krämer und Händler äußert, möglichst viel zu verdienen, sondern daß auf dem Boden dieser kapitalistischen Wirtschaft auch kühnster Unternehmungsgeist und stärkste Organisationskraft wächst. Selbst Harnack erwähnt die genialen Männer, die unsere staatswirtschaftlichen und militärischen Organisationen während des Krieges geschaffen und geleitet haben. Woher kamen denn diese? Zum allergrößten Teile aus unseren Privatunternehmungen. Und die Tatsache, daß Männer, wie z. B. Walther Rathenau, es wagen durften, gegen das eigentliche Profitinteresse zum Wohl des Staates Organisationen zu schaffen, und daß es ihnen gelang, die vielfach durchaus berechtigten anfänglichen Widerstände der Berufsgenossen verhältnismäßig leicht zu überwinden, beweist doch, daß unsere Industrie durchaus den guten Willen gehabt hat, sich dem Staatswohl zur glücklichen Durchführung des Krieges durchaus unterzuordnen. In dieser Beziehung hat sogar die Industrie viel mehr geleistet als die Landwirtschaft. Aber es wäre ganz falsch, nun etwa daraus der Landwirtschaft einen Vorwurf zu machen. Die landwirtschaftliche Produktion ist weder mehr noch weniger vom Profitinteresse und den anderen Grundgesetzen der kapitalistischen Privatwirtschaft geleitet als die industrielle Produktion. Wenn bei ihr ein egoistischer Individualismus vielfach stärker hervortritt als bei der Industrie, so liegt das daran, daß Bauer und Gutsbesitzer weniger an gemeinwirtschaftliches Arbeiten gewöhnt sind als der Industrielle. Der Bauer lebt und arbeitet allein auf seiner Scholle. Der Industrielle wirkt mit den Berufsgenossen gemeinsam. Die Psyche des Landwirts ist die des Alleinmenschen, die Psyche des Industriellen mehr die des Gruppenmenschen. Wenn außerdem der auch im Industriellen wohnende Egoismus weniger sich gegenüber dem Staate durchzusetzen vermag als der des Landwirts, so liegt das nicht daran, daß der Wille zum Durchsetzen bei beiden verschieden ist, sondern daran, daß die industrielle Produktion konzentriert und dadurch dem regulierenden Eingriff des Staates leichter faßbar ist. Endlich aber kommt hinzu, daß insbesondere der Bauer den Eigentumsbegriff namentlich an seinen eigenen Produkten schon um deswillen starrer auslegt, weil seine Arbeit zu einem gewissen Teil der Selbstversorgung dient und weil das, was er sich selbst schafft und zurückbehält, ihm von niemandem, da er außerhalb des Marktstromes wohnt, zurückgebracht werden kann. Diese Unterschiede muß man sich vor Augen halten, um nicht in den Fehler zu verfallen, mit dem Lobe der industriellen Leistung Tadel für den Egoismus der Landwirte zu verbinden.

Aber mag nun an Harnacks Ausführungen das eine richtig und das andere falsch sein, mir scheint das Unangenehme an seinen Ausführungen der Unterton, der aus seinen Worten herausklingt: Die innerliche Ablehnung aller Kriegsgewinne. Zu solcher Ablehnung muß man allerdings kommen, wenn man an ein so schwieriges

Problem als Theologe und Ethiker herantritt. Da hat es natürlich etwas Mißliches, daß auf der einen Seite große Kriegsgewinne erzielt werden, und daß auf der anderen Seite Millionen von Menschen unter starken Mühen und Entbehrungen täglich und stündlich dem Tod ins Auge schauen und ihm verfallen. Aber wo wären ohne diese Kriegsgewinne und ohne die Bewährung privatkapitalistischer Methoden in langer Friedenszeit die Milliarden für die Kosten unserer Kriegführung aufzubringen gewesen? Man mag hinterher die Kriegsgewinner mit doppelter Energie zu den Steuerlasten heranziehen. Aber man soll froh sein, daß sie augenblicklich vorhanden sind, daß aus ihren Gewinnen und aus den früher zusammengehamsterten Reserven unserer Unternehmer unsere Kriegsanleihen gezeichnet werden konnten. An all diese Dinge kann man nur den wirtschaftlichen Maßstab anlegen. Daneben wird der ethische, wenn der Friede wieder zu uns zurückgekehrt ist, wieder seine Berechtigung haben. Er hat ja während der letzten Jahrzehnte in steigendem Maße unser Staatsleben beherrscht. Wir betrachten es heute als so selbstverständlich, daß es kaum noch jemand zu predigen braucht, daß das individuelle Verlangen nach Profit in jedem Betracht seine Grenzen dort findet, wo es mit dem Allgemeinwohl zusammenstößt. Wir haben auf allen Gebieten eine zunehmende regulierende Staatstätigkeit gehabt, und wir werden sie nach dem Kriege sicher weiter fördern müssen.

Aber mit solchen ethischen Erwägungen hat die Erkenntnis, daß wir wahrscheinlich nach dem Frieden eine gesteigerte staats-sozialistische Tendenz in die Wirtschaft werden hineintragen müssen, nichts zu tun. Wenn wir vielmehr diese Ueberzeugung haben, so haben wir sie lediglich aus rein wirtschaftlichen Gründen. Wir werden mindestens in der Uebergangszeit zur Friedenswirtschaft die Einfuhr überwachen. Wir müssen unsere Valuta in Ordnung bringen, wir müssen unser Bankwesen wieder in geordnete Geleise zwingen. Deswegen können wir die Einzelwirtschaften nicht nach eigenem Ermessen frei schalten und walten lassen. Aber das hat nicht das mindeste damit zu tun, daß das Profitinteresse unmoralisch ist, sondern wir müssen es eindämmen, weil es unpraktisch erscheint und weil es die Zwecke gefährden kann, die die Staatswirtschaft nicht aus ethischen, sondern aus rein praktischen und finanziellen Gründen nachher gehen kann. Ganz ähnlich liegt es mit den Monopolen. Wenn wir uns, um unsere Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, eine Reihe von Gewerbszweigen zu monopolisieren entschließen, so werden wir damit allerdings auf gewissen Gebieten einen mehr oder weniger offenen Staatssozialismus in unsere Wirtschaft einführen. Aber nicht irgend ein sozialistisches Ideal soll damit erfüllt werden, sondern es treibt uns auch dazu eine rein materialistische Notwendigkeit. Auch da, wo wir nicht zu Monopolen greifen, wird die Steuergesetzgebung weit mehr, als das heute der Fall ist, in die freie Selbstbestimmung des einzelnen Gewerbetreibenden einzugreifen haben. Aber auch hier nicht deshalb, weil wir den Gewerbetreibenden unter Erziehungsaufsicht stellen wollen, sondern weil der Steuerzweck es erheischt. Wie weit das alles gehen wird und gehen muß, läßt sich vor der Hand noch nicht überblicken. Wenn wir bei längerer Dauer des Krieges schließlich wirklich dahin kommen sollten, eine umfangreiche einmalige Umlage auf alle Vermögen zu legen, und wenn wir uns entschließen müßten, diese Umlage nicht nur in bar, sondern auch in Sachwerten leisten zu lassen, so könnte das schließlich zu dem Zustand führen, daß der Staat Mitbeteiligter bei fast allen Unternehmungen im Lande wird. Das wäre ein Maß von Staatssozialismus, wie ihn sich selbst begeisterte Apostel sozialistischer Ideen in so schneller Durchführung sicher niemals träumen ließen. Aber geschieht das alles, weil wir die Privatwirtschaft für unlauter oder etwa gar als nicht geeignet erkannt haben?

Keineswegs, im Gegenteil. Wenn wir zu dieser weitgehenden Staatssozialisierung unserer Produktion gezwungen sein sollten, so werden wir niemals die Sorge haben, möglichst viel Sozialismus in die Wirtschaft zu pflanzen, sondern es wird im Gegenteil unser Bestreben sein müssen, soviel Sozialismus wie möglich zu erhalten. Die Triebkräfte der Privatwirtschaft haben in langen Friedensjahren zu einer enormen Vorwärtsentwicklung unserer Volkswirtschaft geführt. Wir müssen auch in Zukunft trachten, so schnell wie möglich in unserer Wirtschaft voranzukommen. Weder darf unsere Produktivität noch vor allem unser technischer Fortschritt gehemmt werden. Und deshalb wird es unsere größte Sorge sein, für den kommenden Staatssozialismus neue Formen zu ersinnen, Formen, in denen das Viele und Reiche, das sich in unserer Privatwirtschaft bewährt hat, im Dienste des Staatsganzen weiterarbeiten kann. Wo immer es nur angeht, wird man gerade das zu erhalten suchen, was Harnack als besonders verurteilswert ansieht: Das Interesse des einzelnen am Gewinn.

Italiens Kriegskosten.

Von

Hermes.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, daß die einst in bester Verfassung befindlichen italienischen Finanzen durch das Eingreifen Italiens in den Weltkrieg aufs schwerste kompromittiert worden sind, so ist der soeben veröffentlichte Ausweis des Schatzamts beredt genug. Er bildet eine interessante Vervollständigung der jüngst von Carcano der italienischen Kammer gelieferten Darstellung, die nur das Finanzjahr 1915/16 berücksichtigte. Das italienische Finanzjahr läuft vom 1. Juli bis zum 30. Juni, sodaß Carcanos Rede die Ziffern vor dem 1. Juli 1915 außer Betracht ließ. Der Ausweis des Schatzamts dagegen, der die Lage am 31. Mai 1916 zeigt, enthält auch die für die Kriegsvorbereitung und den Monat Juni betreffenden Ziffern.

Was zunächst die Kriegsunkosten anbelangt, so ergibt sich folgendes Bild:

	in 1000 Lire
Juni 1915	335 463
Juli	380 937
August	379 748
September	386 849
Oktober	430 593
November	415 212
Dezember	600 978
Januar 1916	732 388
Februar	569 035
März	613 301
April	634 756
Mai	689 985
	6 169 245

Zu diesem Betrage von 6169 Millionen kommen an Kosten für Kriegsvorbereitung noch 1 716 072 000, sodaß sich ein Total von 7885,3 Millionen Lire ergibt. An obiger Zusammenstellung ist das für alle kriegführenden Länder gleichmäßige Anschwellen der Kriegskosten symptomatisch.

Worin sich freilich Italien von den übrigen Kriegführenden unterscheidet, das sind die Aufwendungen für die Flotte, die, an sich schon vergleichsweise bescheiden, mit der Dauer der Feindseligkeiten eine rückwärtige Tendenz verfolgen.

Man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Abnahme der Ausgaben für die italienische Marine mit den durch die ungeheure Preissteigerung englischer Kohlen verursachten Schwierigkeiten in Zusammenhang steht. Freilich hört man auch nicht viel von der italienischen Flotte, an deren Existenz man gewöhnlich nur erinnert wird, wenn eine ihrer Einheiten gelegentlich auf den Grund des Meeres geschickt wird. Die Liste der Aufwendungen für die Flotte stellt sich wie folgt:

	in 1000 Lire
Juni 1915	30 265
Juli	32 468
August	54 316
September	28 222
Oktober	29 730
November	25 445
Dezember	32 412
Januar 1916	21 640
Februar	23 753
März	33 047
April	11 947
Mai	11 478
	334 723

Dieser Betrag wird durch die Aufwendungen für die Kriegsvorbereitung um 162,0 Millionen erhöht, so daß sich für die Flotte eine Gesamtausgabe von 496,7 Millionen Lire ergibt.

Carcano, der die Zeit vor dem 1. Juli 1915 bei seinen Berechnungen außer Betracht ließ, dafür aber den Juni 1916 mit in Rechnung stellte, findet höhere Ziffern als die oben angegebenen amtlichen Ziffern des italienischen Schatzamts. Wenn man beide Veröffentlichungen zusammenstellt, so ergibt sich für die Dauer des Krieges — 1. August 1914 bis 30. Juni 1916 — folgendes Bild:

		in Mill. Lire
Kriegsministerium:		
Vorbereitungskosten (August 1914 bis Mai 1915)	1616,1	
Juni 1915	335,5	
Finanzjahr 1915/16 (nach Carcano)	7022,0	
	8973,6	8973,6
Marineministerium:		
Vorbereitungskosten	162,0	
Juni 1915	30,3	
Finanzjahr 1915/16	384,0	
	576,3	576,3
Schatzministerium (nach Carcano)		223,0
Verschiedenes „ „		171,0
zusammen		9943,9

oder in runder Summe 10 Milliarden Lire.

Daß nur ein bescheidener Teil dieser Summe durch die italienischen Kriegsanleihen aufgebracht werden konnte, ist bekannt. In welchem Umfange die Eingänge des Staates, in den ersten elf Monaten des verflossenen Finanzjahres, zu den Aufwendungen beitrugen, ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung, die auch die Vergleichsziffern der beiden vorhergehenden Finanzjahre (ebenfalls 11 Monate) berücksichtigt:

	Juli—Mai		
	1913/14	1914/15	1915/16
Direkte Steuern	440,5	470,1	557,5
Geschäftssteuern	265,8	273,1	302,4
Verbrauchssteuern	584,4	434,1	570,4
Fiskalische Steuern	508,2	523,9	634,5
Oeffentliche Arbeiten	185,4	187,1	224,1
Verschiedenes	28,2	22,1	14,9
	2012,5	1910,4	2303,8
Hierzu treten noch	145,2	158,2	268,4
so daß sich eine Gesamteinnahme von	2157,7	2068,6	2572,2

ergibt.

Wie man sieht, waren für 1915/16 im Vergleich mit den beiden Vorjahren recht erhebliche Mehreingänge zu verzeichnen, was auf die seit dem Ausbruch des Krieges, namentlich seit der Teilnahme Italiens, beschlossenen und alsbald durchgeführten ungeheuren Steuererhöhungen zurückzuführen ist. Der Hauptanteil hierauf entfällt auf die Salz- und besonders die Tabaksteuer, in zweiter Linie auf die Vermögens- und Grundsteuer. Auch die sonstigen Einnahmequellen weisen, freilich weniger erhebliche, Steigerungen auf. Dagegen zeigten sich bedeutende Mindereinnahmen in den Einnahmen der Eisenbahnen und — trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit Italiens von den Verbündeten, England und Frankreich, sowie von Nord- und Südamerika — in den Eingängen der Zölle, zwei Erscheinungen, die für die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Italiens bezeichnend sind.

Man darf eine weitere Erhöhung von der vor kurzem eingeführten Kriegsgewinnsteuer, von der Aufsichtsratstantièmesteuer sowie von der Steuer für vom Heeresdienst Befreite erwarten. Ob diese Steuern, deren Wirkung sich im verflossenen Finanzjahre noch nicht geltend machen konnte, das Ergebnis namhaft beeinflussen werden, steht dahin. Erfüllen sich die Erwartungen, die von 450—500 Millionen Lire (?) sprechen, so wäre die Aufbesserung recht bedeutend. Aber auch dieser Zuwachs, dessen Eintreffen doch erst noch erwiesen werden muß, würde noch immer nicht genügen, um die Einnahmen auf eine Höhe zu bringen, die der Verzinsung der Schuld entspricht, ganz abgesehen davon, daß diese Schuld mit jedem Monat der Verlängerung der Feindseligkeiten in einem ganz anderen Ausmaß und mit einem ganz anderen Tempo fast automatisch anwächst als die Eingänge aus den erhöhten Steuern. Und darum bedeutet die Fortsetzung des Krieges nicht nur eine Auspowerung des italienischen Volkes in Form direkter und indirekter Steuern, sondern auch eine Gefahr für die italienischen Finanzen.

Wenn der bekannte italienische Nationalökonom Luigi Einaudi im „Corriere della Sera", gelegentlich einer Besprechung des Ausweises des Schatzamts, feststellt, daß die durch 10 Monate fortgesetzte Neutralität 180 Millionen monatlich gekostet hat, also nicht wesentlich weniger als Italiens Eingreifen in den Krieg, so ist das — bewußt oder unbewußt, wahrscheinlich aber bewußt — eine grobe Täuschung. Einaudi berechnet, bei einer monatlichen Aufwendung von 180 Millionen vor dem Eingreifen Italiens, eine Ausgabe von 4140 Millionen in 23 Monaten, während der „spezielle italienische Krieg" bis zum 30. Juni nur etwa 6 Milliarden gekostet habe. Das Multiplikationsexempel — 180×23 = 4140 — ist richtig, die Prämisse und die Schlußfolgerung unsinnig. Italien hat, während seiner sogenannten Neutralität, 180 Millionen monatlich aufgewendet, weil es sich vom ersten Tage an auf das Eingreifen an der Seite der Ententemächte vorbereitet und nur auf den „günstigsten" Augenblick gewartet hat, um seinen bisherigen Bundesgenossen in den Rücken zu fallen. Wer verpflichtete Italien, 180 Millionen monatlich für seine „Neutralität" auszugeben? Die Entente, d. h. doch in erster Linie Frankreich, das glücklich war, seine Grenze gegen Italien degarnieren zu können? Oder etwa die damaligen Bundesgenossen, die, weit davon entfernt, auf Italiens Waffenunterstützung zu rechnen, ihm große Gebiete für den Fall offerierten, daß es nur neutral bliebe? Die Argumentation des Signore Einaudi ist verlogen, wie die ganze italienische Politik. Zahlen aber beweisen — und daran vermag auch die spitzfindigste Argumentation nichts zu ändern.

Deutscher Bank-Kalender (II. Quartal 1916).

Von

Dr. Josef Loeve-Berlin.

1. April Die Leipziger Steuerabteilung der „Revision"-Treuhand A.-G. wird aufgelöst.

1. „ Alfred Gans, Vertreter der Deutschen Bank in Paris, gestorben.

2. „ Die Kriegskreditbank für die pommerschen Ostseebäder wird eröffnet.

2. „ Eine Kriegshilfskasse in Nassau wird errichtet.

2. April Die Dresdner Handelsbank errichtet eine Geschäftsstelle in der Dresdner Hauptmarkthalle.

3. „ Die Bank Ludowy G. m. b. H., Thorn, geht infolge übermäßiger Kreditgewährung in Konkurs.

3. „ Bankier Gramme, Alfeld, wird wegen Unterschlagung und Konkursvergehens zu 6 Monaten Gefängnis und 50 M. Geldstrafe verurteilt.

3. April Die Gläubiger der Landshuter Gewerbebank beschließen Regreßklage gegen Vorstand und Aufsichtsrat; im Strafverfahren werden Direktor Becker zu 3 Jahren 4 Monaten Gefängnis und die Aufsichtsräte Tippel zu 300 M., Rauchmacher und Weinberger zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt.

4. „ Im Konkurs des Kreditvereins Schöningen G. m. b. H. betragen die Passiven 1 Million M.

5. „ Die Nordhäuser Gewerbebank G. m. b. H. geht in Konkurs.

7. „ Die früheren Direktoren des Preußischen Leihhauses, Berlin, werden wegen Untreue, Bilanzfälschung pp., und zwar Elkan zu 4 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, Zweig zu 6 Monaten Gefängnis und 700 M. Geldstrafe verurteilt.

8. „ Wilhelm Kleemann und Karl Herdina werden ordentliche Direktoren, Raphael Eberhardt wird stellvertretender Direktor Dresdner Bank.

9. „ Die Schwarzburgische Landesbank überträgt ihre Filialen Erfurt und Eisenach der Dresdner Bank.

10. „ Direktor Emil Hirsch scheidet aus dem Vorstande der Mitteldeutschen Creditbank; Direktor Oskar Seeligmann und August Kollmer werden stellvertretende Vorstandsmitglieder.

12. „ Die Auflösung der Dorstener Bank A.-G. wird beschlossen.

13. „ Die preußische Staatsregierung erhöht ihre Beteiligung am Grundkapital der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen um 1 auf 4,2 Millionen Mark.

25. „ Geh. Komm.-Rat Jakob Dannenbaum, Direktor der Preußischen Pfandbriefbank, gestorben.

1. Mai Der Berliner Bankverein e. G. m. b. H. falliert; die gesamte Haftsumme muß eingefordert werden.

1. „ Der bisherige Vizedirektor der Schweizerischen Kreditanstalt, Theodor Wolfensberger, wird zum Vorstandsmitglied der Mitteldeutschen Creditbank bestellt.

1. „ Für die Provinz Sachsen wird eine Kriegskreditbank mit 4 Mill. M. Kapital errichtet, deren Geschäfte von der Kriegshilfskasse der Stadt Magdeburg geführt werden.

1. „ Infolge Personalmangels wird die Depositenkasse Habelschwerdt der Darmstädter Bank geschlossen; die Geschäfte werden von der Niederlassung in Glatz übernommen.

1. Mai Die Disconto-Gesellschaft errichtet in den baltischen Provinzen eine Darlehnskasse.

1. „ Dr. Kurt Weigert wird stellvertretender Direktor der Deutschen Bank.

2. „ Die Firma Bernhard Künzel & Co., Berlin, erlischt.

3. „ Die Deutsch-Ueberseeische Bank schließt ihre Filialen in Chile.

4. „ Die Handelsbank, Köln a. Rh., tritt in Liquidation.

4. „ Der Kattowitzer Bankverein geht auf den Schlesischen Bankverein über.

4. „ Die Norddeutsche Handelsbank A.-G., Geestemünde, löst zwecks Spesenersparung ihre Filialen auf.

5. „ Der Discontoverein e. G. m. b. H., Stuttgart, beschließt die Liquidation.

5. „ Die Ostbank für Handel und Gewerbe erhält die Befugnis zur Errichtung einer Darlehnskasse Ost mit dem Sitz in Kowno und dem Rechte zur Ausgabe von Darlehnskassenscheinen in Rubelwährung für die Gouvernements Suwalki, Kowno, Wilna, Grodno und Kurland.

6. „ Bankier Tendlau von der fallit gewordenen Firma Carlebach & Cahn, Mainz, wird wegen Nichtziehung der Bilanz 1913 zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

8. „ Adolf Köhn in Schanghai, Carl Lauroesch in Tientsin, Paul Sandberg in Berlin werden Vorstandsmitglieder, Ernst Fritz und Paul Schwarze stellvertretende Vorstandsmitglieder der Deutsch-Asiatischen Bank.

16. „ Die Westfälische Kreditanstalt K. G. a. A., Schwerte, hört auf zu existieren, das gesamte Kapital ist verloren; die Gläubiger werden befriedigt.

19. „ Carl Winkler in Firma Deutsche Credit- und Disconto-Bank, Berlin, wird wegen Betruges zu 4 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

22. „ Direktor Schiff erklärt, aus der Nationalbank für Deutschland scheiden zu wollen.

23. „ Johannes Karl August Langmeyer wird stellvertretendes Vorstandsmitglied der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Darlehnskasse.

30. „ Direktor Johann Heuberth-Frankfurt a. M. scheidet aus der Diskonto-Gesellschaft; Dr. Richard Dietzschold-Mainz wird Direktor, Fritz Heinrichsdorff-Berlin, Loeb-Berlin und Franz Koch-Berlin werden stellvertretende Direktoren.

30. Mai Direktoren Gustav Gortan, Ferdinand Zimmermann und Landrichter Dr. Fritz Dannenbaum werden Vorstandsmitglieder der Preußischen Pfandbriefbank.

1. Juni Direktor Kurt Kästner erklärt, aus der Darmstädter Bank scheiden zu wollen.

2. „ Direktor Müller von der Frankfurter Hypothekenbank gefallen.

2. „ Direktor Wilhelm Mollwo von der Lübecker Privatbank tritt in den Ruhestand.

2. „ Der Sitz der Märkischen Bankverein A.-G. wird von Gevelsberg nach Köln verlegt.

2. „ Direktor Rensch von der Nassauischen Landesbank wird Leiter der Berliner Städtischen Sparkasse.

3. „ Der Konkurs der Solinger Bank wird aufgehoben; die Bank tritt in Liquidation; Liquidator ist Justizrat Pütz.

3. „ Dr. Wilhelm Regendanz scheidet aus der Firma M. M. Warburg & Co., Hamburg, und wird stellvertretender Direktor der Oesterreichischen Kreditanstalt.

4. „ Die Spar- und Darlehnskasse Zell e. G. m. b. H. geht in Konkurs.

4. „ Die Geschäftsaufsicht über die Badische Finanz- und Handels-G. m. b. H. wird aufgehoben, die Gesellschaft geht in Konkurs.

5. „ Die Magdeburger Innungsbank e. G. m. b. H. geht in Konkurs; in der Masse liegen 32%.

5. „ Die Posener Pfandbriefanstalt beschließt die Errichtung einer Zweigniederlassung in Westpreußen.

6. „ Im Konkurse der Harburger Gewerbebank führt der Regreßprozeß gegen den Aufsichtsrat zu einem Vergleich.

6. „ Die Bank Wlosianski, Posen, erhöht ihr Kapital um 1 auf $2\frac{1}{2}$ Mill. M.

9. Juni An Stelle von Richard Lantzke tritt Franz John in den Vorstand der Diskonto-Bank.

12. „ Geh. Komm.-Rat Rudolf Abel in Firma Wm. Schlutow, Stettin, gestorben.

13. „ Die Generalversammlung der Handelsbank in Lodz kann infolge ungenügender Aktienanmeldungen nicht stattfinden.

14. „ Die Deutsche Versicherungsbank G. m. b. H. wird begründet.

14. „ Infolge des Ablebens des Direktors Bernhard Groß werden Alfred Brandt und Fritz Wehrauch ordentliche, Otto Bollmann stellvertretendes Vorstandsmitglied des Frankfurter Hypotheken-Kredit-Vereins.

14. „ Die Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland erhöht das Kapital von 10 auf 20 Millionen Mark.

22. „ Die Firma Magnus & Friedmann, Hamburg, liquidiert.

24. „ An Stelle des verstorbenen Direktors Dr. Feodor Gnauth wird Komm.-Rat Paul Mamroth Vorstandsmitglied der Treuhandbank für die elektrische Industrie.

26. „ Der Schlesische Bankverein übernimmt die Geschäfte des Oberschlesischen Creditvereins in dessen Geschäftsräumen als Filiale Ratibor unter Leitung der bisherigen Direktoren Paul Goerlich und Max Daun.

26. „ Herr Albert Weidner wird Teilhaber der Firma Paul Krause & Co., Berlin.

26. „ Die Dresdner Mietsdarlehnskasse A.-G. wird zur Kriegskreditkasse für den Dresdner Hausbesitz A.-G. umgewandelt.

27. „ Die Deutsche Bank leitet auf ihre Trierer Filiale die Geschäfte der Firma Reverchon & Co. über, deren Inhaber in die Filialleitung eintreten.

30. „ Direktor Dr. Weber scheidet aus dem Vorstande der Mitteldeutschen Creditbank.

Auslandsspiegel.

„Zollverein und Klassenkampf“.

Mir scheint, so heißt es in dem in der „Bataille“ unter obigem Titel erschienenen Aufsatz Amédée Bontarels weiter (siehe „Plutus“ 31/32. Heft), daß Ihr in Eurem Mitteleuropa, welches sich gegen die ganze Welt, gegen die Ruhe und den Wohlstand der germanischen Völker (wie besorgt um uns die Franzosen manchmal sein können!) verschwört, Gefahr läuft, von demselben Geschick ereilt zu werden, wie jene Ungeheuer, die einst Latium verwünschte. Ihr kennt Euren Vergil, Ihr erinnert Euch, wie Herkules Cacus überraschte, belagerte und erwürgte. Nachdem er die Geißel der ganzen Gegend gewesen

und die Menschen zu Hunderten niedergemetzelt hatte, schleuderte der zur Verteidigung genötigte Cacus flüssige Flammen gegen seinen Gegner, spie Stinkgase und umhüllte ihn mit Wolken von Rauch, die Erbrechen zur Folge hatten. Erkennt Ihr Euch nicht an diesen Zeichen? Ich habe die Gewohnheit, die Starken fortzureißen, sagte Victor Hugo. Eure Maske sitzt so schlecht, daß sie von selbst herunterfällt. Wir sehen Euch deutlich, wie Ihr seid. Wenn Ihr einen rigorosen Zollverein plant, so geschieht es aus Klasseninteresse, zu Gunsten der Junker, die Eure Komplizen und Eure Verteidiger sind. Ihr wißt es genau, die intelligenten Menschen glauben nicht mehr, wie einst, an Eure Berufung. Mit dem alten guten deutschen Gott geht es bergab. . . Ich analysiere jetzt die Wirkung des Schutzzolls auf einen einzigen Artikel: Getreide. Die Leser werden verallgemeinern. Nehmen wir an, daß die deutschen Produzenten den heimischen Weizen mit 30 Franken (!) für 100 Kilo verkaufen. Natürlich möchten sie ihn gern mit 35 Franken verkaufen, aber da der amerikanische Weizen mit 30 Franken zu haben ist, so wird dieser Preis ein Maximum. Da appellieren Sie nun an Ihre Tarife des Zollvereins. Sie führen eine Taxe von 5 Franken auf ausländischen Weizen ein, sodaß letzterer mit 35 Franken verkauft werden muß. Sofort erhöht sich der Preis des einheimischen Weizens auf ebenfalls 35 Franken. Die Produzenten freuen sich. Sehr schön — aber derjenige von den Produzenten, der nur mittelmäßigen Boden und keine Kapitalien hat, und der nur 10 Zentner pro Hektar aus seinen Gütern ziehen kann, erhält infolge des Zolls 5 Franken mehr für den Zentner, im ganzen also 50 Franken. Was den Agrarier anbelangt, der hervorragend gute Domänen, Geldreserven und Maschinen besitzt, so wird er sich ein Erträgnis von 30 Zentnern pro Hektar sichern und, infolge der Schutzzölle, ebenfalls 5 Franken auf den Zentner bekommen, was bei ihm nicht 50, sondern 150 Franken ausmacht. Sie sehen also, welche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ihr Zollverein mit sich bringt. (!) Dies rührt Sie kaum. Warten Sie nur. Der Weizen kostet also in Ihrem Lande nicht 30 Franken, wie vor der Anwendung des Tarifs, sondern 35 Franken, also $^1/_6$ mehr. Das Brot verteuert sich demgemäß in demselben Verhältnis, nämlich um $^1/_6$. Kostete es früher 85 Centimes für 2 Kilo, so wird es von jetzt an 99 Centimes kosten. also 25 Centimes das Pfund, statt 21 Centimes. Das bedeutet, daß das Elend für den Armen wächst und der Reichtum für den Reichen zunimmt. Fazit: Wenn Deutschland sagen wir 100 Millionen Zentner Weizen produziert, so bedeutet das eine Bereicherung der Junker und anderen Produzenten um 500 Millionen Franken. Wenn Deutschland 10 Millionen Zentner einführt, so fließen hieraus 50 Millionen in die Staatskasse. Die Konsumenten aber haben für den Kauf ihres täglichen Brotes 550 Millionen mehr zu bezahlen. Wenn also Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Zollverein einführen wollen, nach dem Muster anderer Mächte, so kann das nur mit dem Unterschied geschehen, daß sie damit einen furchtbaren Traum von Weltherrschaft verfolgen (!).

Englisch-russischer Handel.

Im „Russian Supplement“ der „Times“ vom 29. Juli findet sich unter obigem Titel der Abdruck eines Briefes, den ein Herr Alexander Wilner, Direktor der „Britto-Russe Trading Company, (Limited), London“ an den Herausgeber gerichtet hat, und dem wir folgende Stellen entnehmen: . . . . Sie tun, was Sie können, Sie klopfen an die Tür, Sie wollen, daß das englische Volk erwacht. Leider muß ich Ihnen aber sagen, daß die englischen Fabrikanten, Händler und Banken zwar eine freundliche Gesinnung hegen, sich aber sonst nicht rühren. Ich weiß, daß in England, dem Lande der Freiheit, die Wahrheit gesagt werden darf. Liebt das englische Volk die Wahrheit, die verletzt? Ich glaube — ja. So frage ich Sie denn von der Höhe Ihrer Tribüne: Was haben die englischen Fabrikanten, Händler und Banken getan, um sich die russischen Märkte zu sichern? Es ist richtig, daß sie einigen guten Willen zeigen, es ist aber keine Neigung vorhanden, loszugehen, zu marschieren, zu fechten, mit dem festen Vorsatze, ans Ziel zu kommen. Alles bleibt noch in dem Reiche süßer Träume, ohne die Sphäre des ersten Grades oder der theoretischen Friedenstätigkeit zu verlassen. Es ist vielmehr ein Wunsch, das Ziel ohne Störung zu erreichen und ohne Aenderung der gewöhnlichen Geschäftsmethoden. Ich muß zwar zugeben, daß viele englische Fabrikanten bereitwilligst mit einer Ausdehnung ihres Handels mit Rußland einverstanden sind und wirklich darauf bedacht scheinen, sich einen Teil des russischen Handels zu sichern. Aber welche Antwort bekommt man von den meisten, wenn man sie bittet, Aufträge für Rußland entgegenzunehmen? Sie danken Ihnen verbindlichst für Ihre Liebenswürdigkeit und Bemühung und versprechen, nach dem Kriege daran denken zu wollen, da sie jetzt sehr beschäftigt seien. Ich verstehe durchaus, daß alles der Frage, den Krieg zu gewinnen, untergeordnet werden muß. Aber warum kann man nicht beides miteinander vereinigen? Wenn Sie ihnen vorschlagen, auch nur einen kleinen Teil des Auftrags in der Absicht zu effektuieren, ihre Artikel auf dem russischen Markte einzuführen, so erkennen sie an, daß Sie Recht haben. Aber schon mit dem ersten Wort lassen sie Sie wissen, daß sie nach reiflicher Ueberlegung Ihrer freundlichen Anregung außerordentlich bedauern, ihr nicht Folge leisten zu können. Rußland muß warten, bis der Krieg vorüber ist. Alles wird aufgeschoben. Versuchen Sie aber, über Geschäfte nach dem Kriege zu sprechen, so werden Sie sofort gefragt, ob Rußland geneigt ist, „Cash“ zu zahlen, und ob solcher das A und O der Angelegenheit ist. Und die englischen Händler? Was tun Sie? Haben sie ein gut organisiertes englisches Auskunftsbüro einge-

richtet, um über die Zahlungsfähigkeit russischer Kunden unparteiisch zu berichten? Nein. Sie schieben die Verantwortung auf die Fabrikanten, die nicht wünschen, sie mit Waren zu versehen. Haben englische Kapitalisten eine Bank mit einer für die Erfordernisse des russischen Handels geeigneten Organisation ins Leben gerufen? Haben englische Banken, von denen viele 20% Dividende zahlen, irgendwie dazu beigetragen, um eine Einrichtung zu schaffen, welche den Handel mit Rußland fördert? Wenn man mit dem Standpunkte einverstanden ist, es sei die Pflicht der Direktoren, als der Vertrauensleute der Aktionäre, auf sichere Geschäfte und hohe Dividende zu sehen — ist es dann nicht auch ihre Pflicht, sich an nationaler Arbeit zu beteiligen und zum allgemeinen Besten beizutragen? Hundert englische Banken, deren eingezahltes Kapital mindestens 100 Millionen Pfund Sterling beträgt, können mit Leichtigkeit mit 10% ihres Kapitals eine gesunde und mächtige Bank für den Handel mit Rußland ins Leben rufen. Berücksichtigt man ihre Reserven, die fast der Höhe ihres Aktienkapitals entsprechen, so würde ein derartiges Unternehmen mit 10 000 000 £ sie nur mit 5% ihrer Kapitalien engagieren. So weit ich weiß, gibt es nur e i n e englische Bank, welche die Möglichkeit des Handels zwischen England und Rußland anerkennt und ihre Methoden dementsprechend eingerichtet hat, nämlich die englisch-russische Bank, die ihr Dasein der Tatkraft und Voraussicht des Herrn Benenson, eines erfolgreichen russischen Geschäftsmannes, verdankt. Diese Bank wird von englischen Kapitalisten unterstützt, erntet jetzt die Belohnung ihrer Bemühungen und hat eine glänzende Aussicht erfolgreicher Expansion. Einige, die über kommerzielle und finanzielle Beziehungen mit Rußland schreiben, erklären, die russischen Märkte „fortnehmen“ zu wollen. Beweist dieser Ausdruck nicht, daß sie es nicht verstehen, mit der Sache fertig zu werden? Rußlands Märkte können nicht „fortgenommen“ werden. Können Sie eine schöne Dame „fortnehmen“? Sie müssen sie anbeten; (!) ihre Gunst gewinnen, um sie freien, sie nach ihren Wünschen fragen und sich ihren Wünschen anpassen. Nein — nicht auf diesem Wege und nicht ohne Opfer wird dieses große Werk von nationaler Bedeutung vollendet werden — zur gegenseitigen Genugtuung für beide Länder. Schweden, Norwegen, Amerika und andere neutrale Länder hören auf Rußland mit aufmerksamem Ohr und größter Bereitwilligkeit, ihm zu dienen. Mit Verlaub — die Engländer scheinen zu reich, es geht ihnen zu gut, als daß sie sich deswegen stören lassen sollten. Die Geschichte weiß von englischen Pionieren, Kolonisten, Entdeckern neuer Länder. Die neue Generation aber sagt: „Warte!“ Ich fürchte, wenn sie viel länger warten, so werden sie finden, daß sie zu spät kommen und daß sie eine Gelegenheit versäumt haben. Denken Sie doch! Das glorreiche, siegreiche Rußland! (!!) Ein Agrikulturland mit seinen 175 Millionen Einwohnern, seinen Bedürfnissen an Eisenbahnen, Maschinen, Wasserwerken, seinen Schätzen an Kohle, Gold, seinen Minen und anderen Industrien. Ist's nicht ein Land, das wert ist, daß man darum wirbt? Die Türen stehen weit offen für Sie, und freundliche Arme warten Ihrer. Ist es nicht eine Anstrengung wert? Ich hoffe und glaube, daß die latenten Kräfte englischer kommerzieller Unternehmungen bald von Apathie zu praktischer Betätigung übergehen werden. Herrscher, Regierungen, Staatsleute, Denker, Schriftsteller und Soldaten haben den Weg vorbereitet und geglättet und den Drachen getötet. Die Frucht ist reif. Und es ist Zeit für Fabrikanten, Händler und Banken dieses Landes — die modernen Argonauten — das goldene Vließ zu holen, für den gemeinsamen Wohlstand und die gemeinsame Prosperität der zwei größten Nationen der Welt, die in Freundschaft und herzlichem Stillschweigen (?) für Freiheit und Zivilisation vereinigt sind.

Wirtschaftskrieg und Transporte.

In „Paris-Midi“ vom 16. Juni veröffentlicht J.-B. H. unter dem Titel „Un régime inter-alliés“ einen Aufsatz, aus dem folgendes mitgeteilt sei: Welches auch immer der diplomatische Vorwand sein mag, der für die Historiker der Grund des gegenwärtigen Krieges sein wird — das wahre Motiv des Kampfes ist, daß die Deutschen den Krieg aus wirtschaftlichen Gründen gewollt haben. (!) . . . Gegenwärtig evoluieren die Mächtegruppen zum Protektionismus hin. Jeder in der Gruppe will sich selbst genügen. Es ist England und seine Kolonien. Es gibt die franko-slawische Gruppe, die groß ist wegen ihrer Zukunft und ihrer verkannten Kraft. Es gibt eine panamerikanische Gruppe, deren Macht man gelegentlich der panamerikanischen Konferenz in Buenos Aires feststellen konnte. Jede Gruppe hat den Wunsch geäußert, sich untereinander zu verständigen und die anderen als „sekundäre Korrespondenten“ anzusehen. Die Zentralmächte haben einen ähnlichen Plan, der eine verkleinerte Ausgabe des deutschen, auf die Beherrschung der Welt (!) abzielenden Planes ist. Dieser Traum ist an der Marne zerbrochen worden. Die beiden Reiche versuchen jetzt, sich aneinander zu schmiegen. Was haben wir demgegenüber zu tun? In den Beziehungen zwischen den konkurrierenden Gruppen hat die F r a g e d e r T r a n s p o r t e eine überragende Bedeutung. Erst muß man sie unter den Alliierten erörtern, dann im Friedensvertrage. So vertrauenerweckend aber auch die gemeinsame Tätigkeit sein mag, die individuelle Arbeit bleibt das Wesentliche. Tarife können den Weg ebnen oder Hindernisse beseitigen. Nichtsdestoweniger darf man der Transportfrage nicht den Wert eines Universalheilmittels beimessen, das uns weiterer Anstrengungen überhebt. Der Verfasser erklärt, daß das den Franzosen vorschwebende Ziel darin bestehen muß, sich, soweit als angängig, ohne die Deutschen zu behelfen. Wir kommen auf den interessanten Aufsatz im nächsten Heft des „Plutus“ zurück.

Revue der Presse.

Die Munitionslieferungen Amerikas haben begreiflicherweise überall das größte Interesse erregt. Man erging sich in mehr oder weniger phantastischen Summen, ohne einen bestimmten Anhalt zu haben. Jetzt ist die Kölnische Zeitung (7. August) in der Lage, auch hierüber eine Aufklärung zu geben. Danach hat

die amerikanische Munitionsausfuhr,

soweit Pulver und andere Sprengstoffe, Feuerwaffen, Kartuschen, Hülsen für Schrapnells und Granaten in Betracht kommen, seit Kriegsbeginn die Summe von zwei Milliarden Mk. erreicht. Die Ausfuhr wäre noch größer gewesen, wenn nicht die gewaltigen Aufträge der Verbündeten lange Zeit zu ihrer Ausführung erfordert hätten, die erst Ende Oktober 1915 im Sinne der Besteller erledigt werden konnte. Im Anfang betrug der Lieferungswert im Monat nicht mehr als 400 000 Doll., er stieg aber später monatlich bis auf 60 000 000 Doll. Die Hälfte der Lieferungen entfiel auf die vier ersten Monate des Jahres 1916. Nimmt man nun noch das andere Kriegszeug (Flugzeuge, Automobile, chemische Erzeugnisse, Draht und Stacheldraht, Sprengstoffe u. a. m.) hinzu, so ergibt sich für den Zeitraum vom 1. April 1914 bis Ende April 1916 eine amerikanische Gesamtausfuhr aller Arten Kriegszeug von rund 2960 Mill. Mk. Inzwischen dürfte die dritte Milliarde bereits überschritten sein. — Eine ganz auffallende Maßregel wird aus England bekannt. Danach hat die Bank von England die bisher täglich erscheinenden Angaben über die Goldbewegung eingestellt. Nach dem Berliner Börsencourier (4. August) liegt der Grund zu einer solchen

Verschleierung der englischen Goldbewegung

in zwei Ursachen. England hat trotz der riesigen Summen amerikanischer Effekten, die sein Schatzkanzler hinüberschickte, nur mit größter Mühe den Sterling-Kurs in New York einigermaßen halten können. Aber außer diesen Effekten haben in den letzten Monaten auch kolossale Summen Goldes den Weg nach den Vereinigten Staaten genommen. Große Posten Transvaalgoldes ließ man der „Einfachheit halber“ erst gar nicht nach London kommen, sondern sandte sie gleich direkt nach den Depots der Bank von England in Ottawa. Indessen hat auch dieses Mittel einer Verschleierung nicht genügt. Ueberdies ist die freie Bewegung des Goldes in England so ziemlich illusorisch geworden. Ferner wurde kürzlich gemeldet, daß die englischen Goldarbeiter kaum mehr in der Lage seien, Sovereigns zur Umarbeitung in Trauringe aufzutreiben (!). Waren schon diese Tatsachen bezeichnend genug, so muß sich jetzt der obigen Maßnahme zufolge, die Lage direkt zugespitzt haben. Fragt man nach der äußeren Veranlassung, so liegt als weiterer Grund der Gedanke nahe, daß der Anstoß von dem bevorstehenden Eintreffen der Goldtribute Rußlands, Frankreichs und auch wohl Italiens ausgeht. Die Empfindlichkeit der Bundesgenossen müsse doch geschont werden, und in England habe man ein Interesse daran, über die Wege, die diese Goldströme dann nehmen, nicht allzuviel der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Es ist natürlich, daß nunmehr, wie die Vossische Zeitung (4. August) hierzu schreibt, die Beobachtung der englischen Goldbewegung sehr erschwert sein wird. Als Gegenmine wird man aber empfehlen können, den neuerdings bei der Bank von Frankreich eingeführten Posten „Gold im Auslande“ in seiner Bewegung zu beobachten. — Ueber

Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland

spricht Dr. E. Uetrecht in der Täglichen Rundschau (4. August). Danach liegt der wirtschaftliche Friede durch die Entschlossenheit Englands, unsere wirtschaftliche Entwicklung und die dadurch bedingte Vormachtstellung zu vernichten, in weiter Ferne. An dieser Tatsache werden auch die neuen U-Frachtboote nichts ändern. Die Pariser Wirtschaftskonferenz bestätigt die Vermutung, daß England schon vor der Einleitung der Friedensverhandlungen für einen festen Wirtschaftskrieg seiner Verbündeten sorgen wird. Und bedeutsam erscheint, was Professor Sagorski im Petersburger „Djen“ kürzlich sagte: Die Konferenz habe Beschlüsse gefaßt, die bei der Verwirklichung den Anfang von europäischen Zollkriegen und schließlich auch von neuen kriegerischen Verwicklungen bedeuten werden. Um diesem Ausgange schon jetzt zu begegnen, schlägt der Verfasser im Hinblick darauf, daß Asquith bereits einen Ausschuß mit bestimmten Direktiven gegründet habe, auch unsererseits die Bildung von Ausschüssen vor, so vor allem von Einkaufsausschüssen (z. B. der Woll-, Baumwollimportfirmen), die, mit hohen Vollmachten ausgerüstet, sich in den fraglichen Ländern niederlassen und die für uns nötigen Roherzeugnisse sichern sollen. Es komme darauf an, daß wir den englisch-amerikanischen Aufkäufern zuvorkommen. Weiterhin empfiehlt er die Bildung eines Schiffsfrachtraum-Verteilungs-Ausschusses mit der Tätigkeit, daß er 1. die zur Verfügung stehenden Tonnagen feststellt und überwacht; 2. die Tonnagen nach dem Bedarf des Landes, der Industrie, des Handels regelt; 3. den Frachten- und Versicherungspreis und angemessenen Gewinn (Uebergangsgewinn) festsetzt; 4. die von der Marine freigewordenen Schiffe übernimmt und dienstbar macht; 5. Mittel und Wege findet, um Ausladevorrichtungen in allen deutschen Häfen der Nord- und Ostsee auf ein Höchstmaß zu bringen; 6. eine gerechte Verteilung und schnelle Anforderung der Eisenbahngüterwagen sicherstellt; 7. unsere in Ame-

rika aufgekauften Waren nach dortigen Hafenorten dirigiert, die von dem allgemein stark einsetzenden internationalen Verkehr wenig berührt werden, dazu unter Umständen rechtzeitig Einladevorrichtungen mietet oder neu aufbaut; 8. endlich dafür sorgt, daß sich nicht alle Schiffe außer Landes befinden, damit wir nicht bei einem plötzlichen Kriegsausbruch der Gefahr ausgesetzt sind, unsere gesamte Handelsflotte zu verlieren. Diese Maßnahmen erscheinen nötig, wenn alle Bestände im Auslande gesichert sind, zumal weil wegen der noch bestehenden Minengefahr die Frachten und Versicherungen außerordentlich hoch sein werden. Die Industrie selbst wird bei dem bestehenden starken Mißtrauen sehr große Vorsicht bei Einkäufen und längeren Abschlüssen anzuwenden haben. Der beste Schutz nun für Einkäufe sei die Gesellschaftsform, die kleinere Schwankungen der Preise eher vertrage und gleichmäßiger als einzelne Gruppen verteile. Solche Gesellschaften könnten auch sehr wohl zur Hebung der Valuta beitragen. Die große Organisation des Schiffsraum-Ausschusses müsse inzwischen mit Zweigen in einer deutschen Hafenstadt durchgeführt werden. Entsprechende Räume könnten schon jetzt billig vorgemietet werden, was ratsam sei, da bei dem Einsetzen der Schiffahrt in den Hafenstädten ein großer Betrieb und damit natürlich eine Mieteteuerung anhebe. — Es ist einem Naturgesetz zufolge dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. So ergeht es auch dem ruchlosen Plane der Ententeländer, die wirtschaftliche Kraft Deutschlands zu vernichten. In einem sehr beachtenswerten Rückblick über

die Ergebnisse des zweijährigen Wirtschaftskrieges

kommt der Leipziger Professor Dr. Franz Eulenburg in der Neuen Freien Presse (30. Juli) zu folgenden Beweisgründen dafür, daß der Ruinierungsplan, besonders in England, ein ganz anderes Ergebnis erzielt habe, als man erwartete. Da ist zum ersten die Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse im Auslande selbst. Man erwartete u. a. schon von der Abschneidung der Zentralmächte ein Sinken des Preises auf dem Londoner Markt und glaubte, daß die Zurückdrängung der unbequemen Konkurrenz einen besonderen Vorteil für die Ententeländer bedeuten würde. Aber das Gegenteil trat ein. Nach dem englischen „Economist" sind dort die Lebensmittel um 60%, die wichtigsten Textilrohstoffe um fast ebensoviel gestiegen. Dazu kommen noch all die ungünstigen Nebenwirkungen. Ebensowenig kann von einer Stärkung der englischen Industrie die Rede sein, da die notwendige Voraussetzung dafür, neues Kapital für industrielle Zwecke flüssig zu machen, fehlt. Aber auch in Rußland, Frankreich und Italien kann nicht schon während des Krieges ernsthaft daran gedacht werden, die deutsche Industrie zu ersetzen. Das erste Ziel des Wirtschaftskampfes: „Unabhängigkeit vom deutschen Handel und Ersetzung deutscher Waren durch eigene" ist ebenso als gescheitert zu betrachten, wie das zweite Ziel: „Die Entreißung fremder Absatzgebiete aus deutschen Händen". Weder Frankreich noch England haben bisher die Erbschaft des deutschen Handels antreten können. Eine weitere starke Enttäuschung für die Entente aber liegt auf der finanziellen Seite, und recht unerwünscht ist eine Stärkung dritter Staaten (Japan und Amerika) eingetreten. Daß freilich New York nun schon etwa der Erbe der City von London geworden sei, davon kann kaum die Rede sein. Andererseits wird London in mancher Beziehung zweifellos geschwächt. England ist überdies auf seinen Zwischenhandel angewiesen. Deshalb hat gerade die Blockade und der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland die Vermittelungstätigkeit Englands mächtig gestört, und unsere finanzielle Lage ist dadurch sehr gestärkt worden, da bei uns nicht, wie bei der Entente, Milliarden an Werten ins Ausland gehen, sondern alles im Lande bleibt. Das hat denn auch schon der „Economist" gefühlt; denn er hat wiederholt darauf gedrungen, die deutsche Blockade zu ändern oder ganz aufzuheben, weil Deutschland dadurch finanziell weit mehr geschwächt würde als durch die Abschließung (!). Die Ententeländer aber stehen heute so da, als wenn sie selbst nichts gewonnen, wohl aber vieles verloren haben. Dem gegenüber können die Zentralmächte trotz des schweren volkswirtschaftlichen Kampfes auch in anderer Beziehung völlig beruhigt sein. Gerade die kontinentale Basis hat für sie große Vorzüge. Rechnet man das feindliche Ausland ab, so bleibt für Deutschland im Kriege noch 24% der Einfuhr und fast 40% der Ausfuhr seines normalen Handels erhalten, und um Oesterreich-Ungarn steht es noch besser. Auch in den agrarisch-industriellen Produkten sind wir das „Land der Mitte". Eine ganze Reihe von Rohstoffen kann uns niemals abgeschnitten werden, so Kohle, dann die mannigfachen Erze (Eisen, Zink, Kobalt), nicht zu vergessen die Salzgewinnung. Daran sind wir reicher als unsere Gegner. Schließlich denke man an die vielen mächtigen neuen Erfindungen (Stickstoffgewinnung!), die uns vom Auslande unabhängig machen. Also: Lieb Deutschland, magst ruhig sein. — In der Vossischen Zeitung (28. Juli) beschäftigt sich Fritz Zutrauen mit einem Bericht des Delegierten des Schweizerischen Bankvereins Leopold Dubois über

die schweizerischen Bundesbahnen.

Zehn Jahre lang, von 1903 bis 1913, hatten sich die Einnahmen auf aufsteigender Linie bewegt, bis der Ausbruch des Krieges ein Halt setzte. Auffallend gesunken sind die Einnahmen aus der Personenbeförderung, die von 84,6 Mill. Frcs. (1913) auf 56,1 Mill. Frcs. (1915) herabgingen, ein Ergebnis, das aber in der Abnahme des Fremdenverkehrs seine natürliche Erklärung findet. Während die internationalen zusammenstellbaren Fahrscheine noch 1913 eine Zunahme von 2,7 Mill. Frcs. brachten, ergaben sie 1915 nur noch etwa 100 000 Francs (!). Weniger hat der schweizerische Güterverkehr gelitten, der sogar bis zu dem Eingreifen

Italiens in den Weltkrieg eine besonders glänzende Entwicklung hatte. Das Gewinn- und Verlustkonto im ganzen schließt ab mit einem Defizit von 16½ Mill. Frcs., wodurch sich der Verlustsaldo bis Ende 1915 auf beinahe 26 Mill. Frcs. erhöht. Der Bericht spricht die Hoffnung aus, daß die schweizerischen Bahnen die große Krise des Krieges überstehen und das finanzielle Gleichgewicht mit eigenen Mitteln wiedererlangen werden. — Daß es trotz aller Umsicht des Gesetzgebers, besonders bei neuen Gesetzen, juristische Zwickmühlen geben kann, ist nicht neu. Ueber einen solchen Fall schreibt Herr Rechtsanwalt Pinkus-Reinickendorf in der Vossischen Zeitung (25. Juli) unter dem Titel:

Eine Unzuträglichkeit im Zwangsversteigerungsverfahren.

Der § 12 der Bundesratsverordnung vom 8. Juni d. J. setzt mit Bezug auf die Versagung des Zuschlags im Zwangsversteigerungsverfahren fest, daß nach Schluß der Versteigerung auf Antrag eines Hypothekengläubigers der Zuschlag versagt werden kann (was also im Ermessen des Versteigerungsrichters liegt), wenn die Hypothek innerhalb der ersten drei Viertelle des Grundstückswertes liegt und sie durch das Meistgebot nicht gedeckt wird. Die Bestimmung soll offensichtlich dem Schutze des Gläubigers dienen. Das aber ist gerade zweifelhaft. Es kommt eventuell zu folgenden sonderbaren Konsequenzen. Bietet der Gläubiger nicht mit, so besteht für ihn die Gefahr, daß man auf den Widerspruch eines Beteiligten den Antrag auf Versagung des Zuschlags ablehnt, wodurch der Gläubiger sowohl das Kapital wie das Pfandobjekt einbüßen würde. Beteiligt er sich aber am Bieten, ohne überboten zu werden, so verwirkt er dadurch den Anspruch auf Versagung des Zuschlags, was für ihn die Folge hat, daß er das Grundstück gegen seinen Willen und sein Interesse übernehmen muß. Bei einer solchen Zweischneidigkeit wird der Gläubiger am besten ein Gebot abgeben. Er kann aber schließlich mit einem Umgehungsmanöver, das der Gesetzgeber sicher nicht gewollt hat, sich im Versteigerungsverfahren eines — Strohmannes bedienen, der für sich selbst das Meistgebot abgibt, natürlich im Rahmen des schutzbedürftigen Kapitals. Allerdings hat diese Hintertür, wie jede, ihre geheimen Tücken. Nach Ansicht des Herrn Pinkus kann dieser Uebelstand vermindert werden, durch eine Ergänzung der obigen Verordnung dahin, daß der Antrag auf Versagung des Zuschlags auch dann gestellt werden kann, wenn der Gläubiger selbst Meistbietender bleibt. Das erscheint um so nötiger, als der an sich gesunde gesetzgeberische Gedanke vermutlich auch in die Gesetzgebung nach dem Kriege übergehen wird. — Die in der letzten Nummer des Plutus angekündigte

Herabsetzung der Lederpreise,

wogegen aus dem Interessenkreise mancherlei Bedenken geäußert wurden, ist inzwischen mit Geltung vom 1. September d. J. erfolgt. Es werden davon fast alle in Deutschland hergestellten Ledersorten betroffen. Nun sollte man glauben, daß die Regierungsmaßnahme auch auf die notorisch hohen Preise für neue Stiefel und für die Stiefelreparaturen einwirken wird. Dem scheint aber, wie die Berliner Volkszeitung (11. August) schreibt, nicht so zu sein. Die Schuhinteressenten weigern sich mit der Begründung, daß die Selbstkosten so hoch gestiegen wären, daß eine Ruinierung der Industrie andernfalls zu befürchten sei. Die herabgesetzten Preise beheben, wie eine große Berliner Schuhfabrik mitteilt, nicht die Knappheit des Leders. Dazu käme die Bestimmung, daß die Schuhwarenarbeiter statt wie früher 57 Stunden, jetzt nur noch 40 Stunden in der Woche bei dem gleichen Lohn beschäftigt werden dürfen. Allerdings hätten die großen Schuhfirmen umfangreiche Bestände von früheren Fabrikationszeiten auf Lager, aber seltsamerweise kaufe sie das Publikum nicht, obgleich für sie der alte Friedenspreis (?) gelte. Die Volkszeitung hält die angegebenen Gründe für nicht stichhaltig. Man ist nicht der Anschauung, daß der Krieg eine Gelegenheit darstelle, in der der einzelne sich bereichern kann. (Dies ist übrigens auch die Anschauung des Reichsgerichts. D. Red.) Die kleinen Schuhwarenhändler, die naturgemäß unter den hohen Preisen leiden, sind der Ansicht, daß durch die Herabsetzung der Preise für Sohlenleder eine Verbilligung der Besohlarbeit eintreten könne, die aber doch wahrscheinlich fünf Mark noch überschreiten werde. Dem tritt die Volkszeitung entgegen mit der Bemerkung, daß für das Besohlen von Stiefeln ein Preis von vier bis fünf Mark vollständig angemessen sei. Dem jetzigen Zustand müsse unter allen Umständen ein Ende gemacht werden. Man wisse, daß an amtlichen Stellen Erwägungen darüber schweben, ob es nicht notwendig sei, die Fertigindustrie zur Innehaltung mäßiger Preise anzuhalten. Man könne der Behörde nur den dringenden Rat geben, mit fester Hand einzugreifen und dem auf eine Ausbeutung des Publikums hinauslaufenden Unwesen ein Ende zu machen. — Der eigentümliche Zustand, daß sich öfters bis zu 30 und noch mehr Aufsichtsratsstellen in einer Hand befinden, ist wiederholt Gegenstand scharfer Kritik gewesen. Unter dem Titel

Aufsichtsräte und Aktionäre

veröffentlicht die Kölnische Zeitung (9. August) eine Zuschrift aus Großindustriekreisen, die sich mit dem „Unfug", wie später die unliebsame Erscheinung in unserem Aktienwesen bezeichnet wird, beschäftigt. Die nicht zu leugnenden Mißstände haben eine Gleichgültigkeit der Aktionäre erzeugt, und nicht etwa umgekehrt, wie zuweilen angenommen wird. Die Aktionäre haben durchaus ein wichtiges Interesse an der Vertretung, aber gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen ist der ernsthafte Aktionär machtlos. Der Verfasser wendet sich nun gegen die Großbankdirektoren, deren Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied in manchmal 30 Werken

einfach unverständlich sei. Die Kunden haben die Aktien, sie aber haben den Sitz im Aufsichtsrat und die Stimmen (!) in der Hauptversammlung. Es lasse sich mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nicht mehr vereinigen, wenn jemand, von der eigenen Berufstätigkeit ganz abgesehen, sich vielleicht nur 12 Tage im Jahre für 6000—15 000 *M.* Gewinnanteile einer solchen Tätigkeit widmen kann. Daher sollten bei allen Haftungsprozessen die Gerichte einmal prüfen, ob die Aufsichtsratsmitglieder bei dieser Arbeitsfülle überhaupt in der Lage waren, ihre Pflichten richtig zu erfüllen. Diese Anhäufung von fetten Aufsichtsratsstellen in einer Hand sei ungemein schädlich für das Allgemeinwohl. Man sollte im allgemeinen und gesunden Interesse der Aktionäre die Ausübung von mehr als 5 Aufsichtsratsposten in einer Hand zwar nicht unmöglich, wohl aber nicht mehr gewinnbringend machen. Zu diesem Zwecke empfiehlt die Zuschrift die Besteuerung der Aufsichtsratsgewinnanteile als besonders günstiges Objekt, wobei eine gewisse Staffelung eintreten müßte. Es soll eben hierdurch nur das tatsächlich vorliegende mühelose Einkommen getroffen werden. Im Prinzip stimmt die Kölnische Zeitung der Zuschrift zu; sie macht aber mit Recht darauf aufmerksam, daß es vor allem Leute gibt, die nicht Bankdirektoren sind und dennoch 40—50 Aufsichtsratsstellen innehaben. Es sei ein völliger Widersinn und es entspreche nicht dem Geist des Aktiengesetzes, wenn, wie es heute allenthalben geschieht, Leute, die nicht Eigentümer von Aktien sind, solche vertreten, und somit gegen die Interessen der wirklichen Aktieneigner und auch gegen die Interessen der Gesellschaft selbst handeln. Eine andere Frage sei es freilich, ob man der vom Einsender vorgeschlagenen Art der Besteuerung zustimmen könne; denn die, die es angeht, würden wohl neue Mittel und Wege finden, um eine solche Besteuerung auf ganz andere Schultern abzuladen. — Es liegen jetzt die Ausweise für

die Hypothekenbanken im 1. Halbjahr 1916

vor. Wie die Frankfurter Zeitung (4. August) unter Beifügung einer detaillierten Aufstellung mitteilt, finden die Institute nur noch wenig Gelegenheit zur geschäftlichen Betätigung. Im Aktiengeschäft handelt es sich wesentlich um Weiterführung der alten Bestände. Der Erwerb neuer Hypotheken ist sehr gering. Auch kommen Rückzahlungen nur selten vor. Ebenso ist u. a. im Hinblick auf die Konkurrenz der eine bessere Verzinsung bietenden Kriegsanleihen für den Obligationenabsatz nur wenig Raum vorhanden. Es ist festzustellen, daß im ersten Halbjahr 1916 abermals ein Rückgang der Hypothekengesamtsumme stattgefunden hat. Nur ganz wenige Institute haben noch eine Erhöhung ihrer Bestände erzielen können. Die weitere Abnahme des Obligationenumlaufs zeigt, daß das Publikum an seinem Besitz auch in der heutigen Zeit festzuhalten wünscht. — Aus der Aufstellung für 37 Banken ergibt sich, daß der Obligationenumlauf am 30. Juni 1916 11 585,39 Mill. *M.* betrug, dem am gleichen Datum 12 007,05 Mill. *M.* für die Register-Hypotheken gegenüberstanden. — In der Chemnitzer Volksstimme (9. August) nimmt Julius Kaliski unter dem Titel

Unterlassungssünden

(in der Gemüseversorgung) das Kriegsernährungsamt in Schutz, gegen das so häufig die Behauptung geschleudert wird, daß es so gut wie nichts getan habe, um den beklagten Mißständen auf den Gemüse- und Obstmärkten entgegenzutreten. Der Verfasser hatte schon vor längerer Zeit auf die Notwendigkeit einer Organisation der Gemüseversorgung hingewiesen und zu diesem Zwecke ein Zusammenarbeiten von städtischen Verwaltungen, Konsumvereinen und anderen Verbänden mit den Organisationen der Gemüseproduzenten vorgeschlagen. Nun wurde im März d. J. die „Kriegs- Gemüsebau- und -Verwertungsgesellschaft m. b. H." in Berlin unter Reichsmitwirkung in Kraft gesetzt. Wesentlich ist hierbei die in einem Rundschreiben an die Kommunalverwaltungen festgelegte Ausschaltung jeglichen Zwischenhandels. Die zweifellos guten Absichten der Gesellschaft scheiterten aber zunächst daran, daß das Versorgungs- und Verteilungsnetz nicht über ganz Deutschland gespannt werden konnte. Aber auch weder die Gemeinden, noch die Regierungen interessierten sich sonderlich für die neue Einrichtung. Ende Mai ist dann noch die „Reichsstelle für Gemüse und Obst" errichtet worden. Durch neuerdings ergangene Verordnungen über gewerbsmäßige Verarbeitung von Obst und Gemüse zu Konserven, ferner über Sauerkraut und Dörrgemüse wird eine breitere Basis für die Regelung des Obst- und Gemüsemarktes errichtet. Die hierbei tatsächlich vorgekommenen „Unterlassungssünden" treffen nun das Kriegsernährungsamt nicht. Unangebrachte Angriffe stiften da nicht nur keinen Nutzen, sondern viel eher Schaden. Einer kürzlich ergangenen erfreulichen Kundgebung des Kriegsernährungsamtes haben sich bezeichnenderweise die Wirtschaftsverbände aller Richtungen angeschlossen; auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat sich an der Kundgebung beteiligt, womit sie als wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse die Verantwortung für die nationale Wirtschaft überhaupt mit übernimmt. Diese Tatsache sollte man beachten.

Umschau.

Die Erhöhung der Nachnahmegebühren. Herr Rechtsanwalt Dr. Rudolf Wassermann in München schreibt mir: Im Plutus vom 29. März 1916 wendet sich Bankier Löwy in durchaus zutreffenden Ausführungen gegen die Einführung des geplanten Quittungsstempels. Es muss als dankenswert be-

zeichnet werden, dass er am Schluss seiner Ausführungen Vorschläge stellt, welche Steuern zum Ersatz für den Ausfall herangezogen werden könnten. Im allgemeinen lassen sich auch seine Vorschläge recht wohl hören, dagegen muss ihm entschieden widersprochen werden, wenn er einer Tariferhöhung für die Postnachnahme das Wort redet. Die Verbilligung des Nachnahmeverkehrs datiert aus den 90er Jahren, vorher wurde eine Nachnahmegebühr von 2% des Wertes erhoben. Die Entwicklung, die damit einsetzt, ist eine staunenerregende, die selbst die kühnsten Vertreter der Verbilligung der Sätze nicht zu hoffen gewagt hätten. Während im Jahre 1880 der Betrag der Nachnahmesendungen im Jahre noch 57,1 Mill. ℳ betrug, schwoll er im Jahre 1900 bereits auf 540,3 Mill. ℳ im Jahre an. Im Jahre 1910 ist bereits die Milliarde überschritten (1209,7 Mill. ℳ), und im Jahre 1913, dem letzten Jahre, für das uns eine Statistik vorliegt, repräsentiert er bereits einen Wert von über 1½ Milliard. ℳ (1573,2 Mill. ℳ). In 23 Jahren hat somit der Nachnahmeverkehr seinen Wert verfünfundzwanzigfacht. Dass hieran in erster Linie die Verbilligung der Gebühren und nicht etwa der allgemeine Gang der wirtschaftlichen Entwicklung die Schuld trägt, beweist uns ein Blick auf die gleichzeitige Entwicklung des Paketverkehrs. In dem gleichen Zeitraum ist die Anzahl der von der Post versandten gewöhnlichen Pakete von 51,7 Mill. Stück auf 293,3 Mill. Stück gestiegen, sie haben sich also nur verfünffacht, und die Zahl der Nachnahmepakete, die heute ungefähr 100 Mill. Pakete im Jahr beträgt, verhält sich zu der Zahl der übrigen Postpakete wie 1 : 3. Worin liegt nun die Ursache der fünfmal stärkeren Entwicklung des Nachnahmeverkehrs gegenüber der Entwicklung des Paketverkehrs? Sie liegt darin, dass deutsche Organisationsbegabung vermittels des Nachnahmeverkehrs die Versandindustrie und den Versandgrosshandel geschaffen hat. Diese Anschauung vertritt auch Werner Sombart in seinem Buch: „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert", und mit Recht sagt er dort auch: Das Versandgeschäft, das darin besteht, dass der ortsfremde Kunde auf Grund schriftlicher Bestellung die Ware ins Haus geschickt bekommt, ist erst möglich gewesen, nachdem Drucksachenversand, Postkarte, Postanweisung und Nachnahme, 50 ₰-Paket und ähnliche Einrichtungen des modernen Verkehrs geschaffen worden sind. Welcher Art sind nun diese Versandgeschäfte, die zu dieser riesigen Entwicklung des Nachnahmeverkehrs geführt haben? Hierüber gibt uns die Statistik keine Antwort, wie denn überhaupt dieser Zweig des wirtschaftlichen Lebens merkwürdigerweise von den sämtlichen Stellen in seiner Bedeutung noch lange nicht genug gewürdigt worden ist. Aber jeder Kenner der einschlägigen Verhältnisse wird uns folgende Feststellung bestätigen. Zunächst entfällt der allergeringste Teil auf die sogenannten Privatversandgeschäfte, die unter Umgehung des Detailhandels (der keineswegs immer ein „Kleinhandel" zu sein braucht) und des Gewerbes direkt an den letzten Verbraucher herantreten. Den Hauptanteil an der Entwicklung haben vielmehr die grossen Versandhäuser und die Fabriken, deren Abnehmer Handel und Gewerbe sind. Die fortschreitende Differenzierung und Spezialisierung aller Produktionszweige verbunden mit dem durch den fortwährenden Wechsel der Mode stets sich ändernden Charakter der Nachfrage, hat es mit sich gebracht, dass heute Handel und Gewerbe nicht mehr in der Lage sind, durch Lagerhaltung allein den an sie herantretenden Bedürfnissen zu genügen. Vielfach sind sie nur imstande, Typen der einzelnen Warengattung und auch diese nicht in allen Grössen vorrätig zu führen. Tritt dann Nachfrage nach nichtgeführten Grössen oder nach kleinen Variationen des Types ein, muss die Fabrik oder das grosse Versandhaus imstande sein, den fraglichen Artikel in kürzester Frist an Ort und Stelle zu schaffen. Der Verkehr zwischen Lieferer und Abnehmer wickelt sich dabei, soweit er gesund ist, in der Regel in der Form der Nachnahme ab. Der Kunde hat ja dadurch, dass er den fraglichen Artikel nicht selbst zu lagern braucht, sondern ihn erst bezieht, wenn er ihn schon verkauft hat, Valuta und Ziel schon vorweg lukriert. Aber diese Entwicklung hat noch weiter geführt. Bei bestimmten Waren sind Handel und Gewerbe dazu übergegangen, überhaupt von jeder Lagerhaltung abzusehen. An Stelle des Lagers ist eine Mustersammlung getreten, die dem Bedürfnis der Mode entsprechend erneut wird, und jede Bestellung zwingt nun dazu, dass die erforderliche Menge des Gegenstandes vom Lieferanten bezogen wird. Dieser Zustand hat sich besonders auf den Gebieten herausgebildet, auf denen das Angebot sehr mannigfaltig und die Nachfrage besonders wechselnd ist (Mode!). Ein typisches Beispiel hierfür bietet die Tuchbranche. Die grosse soziale Bedeutung dieser Entwicklung — auf die ungemein grossen technischen Schwierigkeiten, die in keinem anderen Lande Europas in gleichem Masse überwunden worden sind, soll in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden — liegt auf der Hand. Der Versand und die mit seinem Wesen untrennbar verbundene Möglichkeit der billigen Nachnahmesendung erleichtern auch dem mit geringem Kapital ausgestatteten Handels- und Gewerbetreibenden die Waren oder Rohstoffe für seine Tätigkeit zu beziehen und so den Wettstreit mit kapitalstarken Konkurrenten aufzunehmen (Warenhaus!). So erschien sie dann auch in hohem Masse berufen, dem im Frieden heimkehrenden Gewerbetreibenden und Kaufmann das Wiederanfangen zu erleichtern. Mehr als Staatskredite, die naturgemäss nur die allergrösste Not zu lindern vermögen, erscheint uns eine solche vorbildliche Organisation geeignet, die Wunden, die der Krieg geöffnet hatte, zu schliessen. Wenn der heimkehrende Kaufmann auch sein Lager stark gelichtet vorfindet, die Warenliste des Lieferanten und die Möglichkeit, sich jederzeit den nachgefragten Artikel zu beschaffen, müsste ihm über die schwere Zeit hinweghelfen, in der ihn Mangel an Mitteln, um sich ein neues Lager zu beschaffen, und die Schwierigkeiten, Kredit zu bekommen, sonst in seiner Tätigkeit gelähmt hätten. Der Umstand, dass der bestellte Gegenstand ja bereits seinen Verkäufer hatte, musste es ihm erträglich erscheinen lassen, dass er ihn auch sofort beim Lieferanten zahlen musste, was besonders nach Friedensschluss infolge der in den meisten Fällen gänzlich ungeklärten Verhältnisse eine wirtschaftliche Notwendigkeit sein wird. In diesen Blütentraum fällt wie ein Reif die Nachricht, dass der Nachnahmeverkehr verteuert werden soll. Damit würde eine Entwicklung erschwert, um die uns das gesamte Ausland beneidet. Der ungeheure Fort-

schritt, der in der Zentralisierung der Vorräte liegt, die im Bedarfsfalle an jeden Punkt, wo Bedarf herrscht, dirigiert werden, wird wieder zurückgedämmt zugunsten einer Entwicklung, die infolge der Nichtausnutzung vorhandener Lagervorräte fortgesetzt zur Verringerung des Vermögens des einzelnen und der Werte der gesamten Volkswirtschaft führt. Es darf daher der dringende Appell an die massgebenden Stellen gerichtet werden, streng zu prüfen, ob es richtig ist, im jetzigen Augenblick, in dem das System der Versandgeschäfte geschaffen werden müsste, wenn es noch nicht vorhanden wäre, durch Staatseingriffe seine beispiellose Entwicklung aufzuhalten.

Nochmals: Eine Reichshypothekensteuer? Herr Amtsrichter Dr. Rob. Deumer - Hamburg schreibt mir: „Eine ganze Reihe von Zuschriften, die teils Billigung, teils Ablehnung meines Vorschlages „Eine Reichshypothekensteuer?“ (vergl. Plutus 1916 Heft 21/22 S. 244 und Plutus Heft 25/26 S. 290) enthalten, veranlassen mich, meinen Standpunkt in zweifelsfreierer Weise zum Ausdruck zu bringen, als es vielleicht bisher geschehen ist. Mein Steuervorschlag entspringt nicht aus der finanzpolitischen Erwägung, durch eine Umsatzsteuer auf Hypotheken dem Reiche eine neue Steuerquelle zu erschliessen, sondern lediglich aus dem Gesichtspunkt eines Schutzes des durch zukünftige, nach dem Kriege in erhöhterem Masse einsetzende Hypothekenkündigungen bedrohten Grundeigentums. Die Benennung als „Steuer“ mag gewiss dazu verleitet haben, den fiskalischen Gesichtspunkt der staatlichen Einnahmevermehrung mehr zur Betonung zu bringen, als es der Zweck der vorgeschlagenen Massnahme wollte; zutreffender wäre der Ausdruck „Kündigungsgebühr“ gewesen. Der Schutzzweck, das Grundeigentum vor Kündigungen, welche Hypothekengläubiger nach dem Kriege mit Rücksicht auf die allgemeine Erhöhung des Zinsfusses aus kapitalistischen Gründen vornehmen werden, zu bewahren, wird aber durch diese Kündigungsgebühr erreicht, ohne dass zum Nachteile des Grundeigentümers Erschütterung der Kreditverhältnisse zu befürchten wäre. Viel radikaler ist der Vorschlag von Geh. Justizrat Dr. Harnier, Kassel (Deutsche Juristen-Zeitung 1916 S. 394), gewesen, kraft Gesetzes eine mehrjährige Unkündbarkeit für Hypotheken allgemein einzuführen. Der Deutsche Städtetag hat in seiner Sitzung vom 12. Februar 1915 als Richtlinie aufgestellt, dass zur Vermeidung schwerster Verluste der Hausbesitzer und der Nachhypothekare eine Verlängerung der Hypotheken auszusprechen sei, und der in den Hypothekenbanken organisierte Realkredit hat ein Uebereinkommen getroffen, eine Verlängerung der fällig oder kündbar werdenden Hypotheken zuzugestehen. Es wird auch in Fachkreisen kaum bezweifelt, dass die Bestrebungen zur Einführung der unkündbaren Tilgungshypothek für einen gewissen Teil des organisierten Realkredites von Erfolg sein werden. Sonach herrscht in dem Kernpunkt der Frage, den Hausbesitzer vor Kündigungen zu schützen, Uebereinstimmung. Nur das Mittel der Durchführung ist noch nicht allgemein gefunden. Während für den organisierten Realkredit im Wege freiwilligen Uebereinkommens der Schutzzweck erreicht worden ist und für die weitere Folge erreicht werden kann, stehen für die Durchführung des Schutzzweckes auf dem Gebiete des unorganisierten Realkredites nur die beiden Mittel zur Verfügung: Gesetzliches Moratorium oder die von mir vorgeschlagene Kündigungsgebühr. Die Gefahren eines allgemeinen Moratoriums sind so bekannt, dass sie hier unerörtert bleiben können (vergl. auch Deumer, Der private Kriegskredit und seine Organisation 1916 S. 79 ff. u. 195 ff.), ein individuelles Teilmoratorium im Wege richterlicher Fristbewilligung ist nicht durchgreifend genug, auch wird der Weg des richterlichen Schutzes nur in den äussersten Notfällen vom Grundeigentümer beschritten werden. So bleibt übrig eine geldliche Erschwerung der Kündigung als vorbeugendes Schutzmittel gegen Gläubigerkündigung, und zwar muss dieses geldliche Erschwernis in der Form einer so hohen Gebühr erhoben werden, dass der Gläubiger abgehalten wird, sein bisher in Hypotheken angelegtes Kapital anderweit, etwa in Wertpapieren, unterzubringen — d. h. es soll die Entrichtung der Gebühr eine höhere Gewinnmöglichkeit auf einem anderen Anlagegebiete ausschliessen. Somit soll nur die Zurückziehung von Hypothekenkapitalien erschwert werden. Die Kündigungsgebühr soll nicht erhoben werden: 1, wenn der Gläubiger dem Schuldner das Kapital auf 3 Jahre weiter belässt und dafür keinen höheren Zinssatz, als $^1/_2$% über den bisher vereinbarten Prozentsatz verlangt; 2, wenn der Schuldner den gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen zuwiderhandelt, insbesondere die Hypothekenzinsen nicht pünktlich entrichtet. Vereinbarungen zwischen Schuldner und Gläubiger, wonach die Kündigungssteuer auf den Schuldner abgewälzt werden könnte, sind in jeder Form nichtig. Ich wiederhole, dass diese Kündigungsgebühr nur für die Uebergangszeit vorgeschlagen wird, dass sie nur die Rückforderung von Kapitalien betrifft, aber niemals die Neuanlage in Hypotheken, dass sie hauptsächlich nur für den unorganisierten Realkredit praktisch werden wird, während die Milliarden, welche der in den Realkreditinstituten organisierte grossstädtische Hypothekarkredit gewährt, kraft freiwilligen Uebereinkommens sowieso von dem Vorschlage unberührt bleiben wird — wo in aller Welt liegt dann eine „Umsatzsteuer“ vor, welche das Grundeigentum schädigt? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Gewisse Bedenken werden natürlich bleiben und gerade von solchen Seiten erhoben werden, die an einem häufigen Umschlag der Hypothekenkapitalien finanziell interessiert sind. Aber diese Bedenken müssen als Sonderintressen eines gewissen Standes gegenüber dem bedeutenderen Interesse des Schutzes des gesamten Grundeigentumes vor unzeitgemässen Kündigungen zurücktreten.“

Ein Franzose für deutschen Fleiss. Man schreibt mir: „Vers l'expansion industrielle“ lautet der Titel einer Schrift, die eine Rede von Victor Cambon vor der Gesellschaft der Zivilingenieure Frankreichs wiedergibt. Sie ist im angenehmen Gegensatz zu sonstigen Aeusserungen aus dem feindlichen Ausland über deutsche Verhältnisse recht sachlich gehalten. Sie erkennt bei den Deutschen den Unternehmungsgeist, das Organisationstalent, die Wissenschaft und Gründlichkeit an, natürlich nicht, um die Deutschen zu loben, sondern um den eigenen Landsleuten zu zeigen, wie Erfolge zu erreichen sind und welche Gefahren ihnen drohen, wenn sie in ihrem bisherigen System der Oberflächlichkeit beharren. Auch der deutsche Widerstand wird bewundert, den man in solchem Masse

weder finanziell noch militärisch für möglich gehalten hätte. Es wird damit gerechnet, dass die Deutschen, wenn sie besiegt werden sollten, sich bis auf den letzten Pfennig wehren werden, und dann bleibt für die fünf Grossmächte, die sich in den Raub teilen wollen, nicht mehr viel übrig. Frankreich selbst aber werde dann um mehr als eine Million Männer ärmer und kaum in der Lage sein, den riesigen Eigenbedarf in den verwüsteten Gebieten zu decken, geschweige denn sich mit Erfolg an der Deckung des Weltbedarfs zu beteiligen, um so weniger, als nicht nur die deutschen, sondern auch die italienischen und belgischen Arbeiter für Frankreich ausbleiben werden, da diese in ihrem eigenen Lande genügend Arbeit fänden. Die Löhne werden ins Ungemessene steigen. Man hat in Frankreich plötzlich entdeckt, dass eine grosse Anzahl Häuser, welche man für französisch hielt, tatsächlich deutsche Filialen waren. Sogar die Konzession für die öffentlichen Anschläge in der Hauptstadt Paris war in preussischen Händen. Während die französische Produktion fast stationär geblieben ist, ist Deutschland mit Riesenschritten vorangegangen, trotzdem für Frankreich die natürlichen Hilfsquellen viel günstiger liegen. Die technische und gewerbliche Ausbildung sind in Frankreich weit zurück. Es müssten städtische Lehrlingswerkstätten unter industrieller Kontrolle eingerichtet werden. Es überrascht peinlich, dass in Deutschland allenthalben für die Kriegsverletzten Werkstätten eingerichtet werden, während Frankreich kaum über die Anfänge hinaus ist. Frankreich braucht keine Riesenunternehmungen zu gründen, wie die

Badische Anilin- und Sodafabrik	mit	100	Millionen
Hamburg-Amerika-Linie	„	310	„
Gelsenkirchen	„	345	„
Krupp	„	395	„
AEG	„	450	„

Dagegen würde sich der französische Individualismus wehren; es müsse aber danach gestrebt werden, dass sich die einzelnen Industrien zusammenschliessen. Es ist ein Fehler, dass man sich mit der Methode Taylor nicht befasst hat. Deutschland ist immer zu französischen Staatslieferungen herangezogen worden, hat daraus grossen Gewinn erzielt und Kanonen und Maschinengewehre gebaut. Als Beispiel dafür, wie die Deutschen ihre Kapitalien vom Ausland wieder an sich ziehen, wird folgender Fall erzählt: Vor einigen Jahren wurde in Spanien ein grosses Wasserkraftwerk gebaut. Die AEG mit ihren 450 Millionen, die ausserdem bei der Deutschen Bank (!) einen unbegrenzten Kredit hat und eng mit ihr verbunden ist, hat die Angelegenheit studiert und die Anlage zu einem billigen Preise, den sonst niemand einhalten konnte, erhalten. Die AEG blieb der grösste Aktionär, behielt die Kontrolle, und dank einiger gut verteilter Millionen (!) kann die spanische Hauptstadt ohne den guten Willen der Deutschen weder beleuchtet werden noch arbeiten. Es werden dann noch die grossen deutschen Industrien wie die Kohlendestillation und die Kaliindustrie hervorgehoben, ferner die Unzulässigkeit der französischen Verwaltungsorgane erwähnt. Die soziale Gesetzgebung stand hauptsächlich unter dem Einfluss politischer Leidenschaften. Auch die französischen Häfen sind nicht auf der Höhe und könnten z. B. keine Schiffe, wie den Imperator, Vaterland, Bismarck unterbringen. Der Verfasser beschreibt auch seine gewaltigen Eindrücke, die er 1913—1914 in Deutschland bekommen hat. Der Alkohol wird als grösste Gefahr für Frankreich angesehen, da er nicht genügend bekämpft wird. Da wird sogar Russland als Beispiel angeführt, das mit einem Federzug den Alkohol im Reiche verboten hat, trotzdem er seinem Budget 400 Millionen brachte. Trotzdem heisst es zum Schluss: Wir werden Deutschland zweifellos (?) besiegen, aber wenn wir heute nicht den Alkohol unterdrücken, wird er uns morgen erdrücken. (!)

Handelsauskunfteivereinigung in Hamburg. Zu dieser Notiz in der letzten Nummer des Plutus teilt uns der darin erwähnte Herr Dr. Stange mit, dass er wohl im vorigen Jahr zu den Anfangsarbeiten der H. A. V. hinzugezogen worden sei, aber seit April d. J. dem Verbande völlig fernstehe. Ferner teilt auch die Direktion der deutschen Levante-Linie in Hamburg mit, dass sie niemals zu der Gesellschaft in Beziehungen gestanden habe.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die Mitte des dritten Quartals ist bereits wieder erreicht und der deutsche Markt hat seine gleichmässige Flüssigkeit bewahrt, die zur ständigen Begleiterscheinung der Kriegswirtschaft geworden ist. Wenn gleichzeitig die Zinssätze sowie Diskontraten eine gewisse Erhöhung gegen diejenigen des Vorjahres aufweisen, so bedeutet das keineswegs einen Widerspruch zu der obigen Feststellung, denn sie sind nicht der Ausdruck einer Knappheit, sondern entstehen aus der Tatsache, dass Reich, Bundesstaaten und Kommunen für kurzfristige Gelder stets zu Sätzen Nehmer sind, die sich in keiner allzu grossen Entfernung von der offiziellen Bankrate bewegen.

Inzwischen rückt die Aufgabe der Uebernahme einer neuen grossen Kriegsanleihe für den Geldmarkt immer näher. Wie schon früher beabsichtigt, wird das Reich in der ersten Hälfte des September die Zeichner wiederum rufen und am Tage des Quartalsschlusses die erste Einzahlung entgegennehmen. Während unsere Gegner trotz gewaltiger journalistischer Ausbeutung einiger Kriegserfolge zu der dringend notwendigen Fundierung ihrer lawinenartig wachsenden schwebenden Schulden zu schreiten nicht den Mut haben, erwägt man bei uns mit ruhiger Festigkeit die Aufnahme der fünften Kriegsanleihe, in der sicheren Gewissheit, dass das deutsche Erwerbsleben und der deutsche Sparer wiederum in vollem Umfange ihre Schuldigkeit tun werden, wie dies unsere Truppen jeden Augenblick dem konzentrierten Ansturm unserer Feinde gegenüber tun.

Sichtbarer als sonst hat die Reichsbank die Mobilmachung der Mittel für die Emission in die Wege geleitet, indem sie sich mit dem Angebot an die breite Oeffentlichkeit wandte, Schatzscheine mit Fälligkeit per 30. September zu Vorzugssätzen herzugeben, insofern ihr Gegenwert bei Verfall zur Zahlung von Kriegsanleihe dienen soll. Sie hat dieses Verfahren auch bei der vorigen Anleihe eingeschlagen, sich damit aber vornehm-

lich an die grossen Banken und Kreditinstitute gewandt, die auch reichlich hiervon Gebrauch machten. Dieses Mal hat sie ihr Angebot weitesten Kreisen zugänglich gemacht und dabei eine Rate von $4^1/_2$ % offeriert, während sie bei Abgabe grosser Summen, für welche hauptsächlich die Bankwelt als Reflektant in Betracht kommt, $4^9/_{16}$ % Diskont gewährt. Dieses Verfahren hat zunächst eine Steigerung der Sätze für Termingelder zur Folge gehabt, denn die Bankwelt war genötigt, ihrer Kundschaft das gleiche Angebot weiterzugeben, wollte sie sich nicht dem Nachteil aussetzen, dass die bei ihr stehenden, für spätere Zeichnung von Kriegsanleihe bestimmten Gelder abgezogen werden. Der Verlust dieser Summen wäre bei der Flüssigkeit der Banken im Moment nicht von so weittragender Bedeutung, wichtiger ist vielmehr die Tatsache, dass die Abwanderung solcher Kundengelder den Banken auch gleichzeitig die entsprechenden Zeichnungen entziehen würde.

Von dem Angebot der Reichsbank ist anscheinend in starkem Umfange Gebrauch gemacht worden und es sind daher erhebliche Posten auf diese Weise für die neue Kriegsanleihe schon gesichert. Dass der Verkehr aber ausserdem mit starken Reserven neben dieser erheblichen Uebernahme von Schatzscheinen der neuen Anleihe entgegengeht, vermag man auch daraus zu erkennen, dass sich die Depositen bei der Reichsbank in ständig aufsteigender Richtung bewegen. Der letzte Ausweis zeigt diese auf fast $2^1/_2$ Milliarden Mark gegen 1,65 Milliarden zur gleichen Zeit des Vorjahres. Diese hohe Einlageziffer ist sicherlich sehr stark durch die Goldkonzentration bedingt, welche die ganze Kriegswirtschaft mit sich bringt. Es muss aber immer wieder betont werden, dass in dieser Hinsicht noch viel mehr geschehen muss, um der steigenden Tendenz des Notenumlaufs entgegenzuwirken. Leider ist es in der Hauptsache noch immer nur der geschäftliche Grossverkehr, der den wirklich reinen Verrechnungsverkehr pflegt, während im Kleinverkehr, bei vielen Zweigen der militärischen und zivilen Bureaukratie, und vor allem beim Privatpublikum die Verhältnisse in dieser Beziehung noch sehr viel zu wünschen übrig lassen. Am 1. Oktober wird der unselige Scheckstempel verschwinden, und damit fällt das letzte Hindernis für eine unbeschränkte Ausbreitung der bargeldlosen Zahlungsmethode. Unseres Erachtens müsste von den dazu berufenen Kreisen schon in Vorbereitung dieses Ereignisses in planmässiger und grosszügiger Weise auf die Einführung des Verrechnungsschecks hingearbeitet werden, es ist aber bis jetzt, abgesehen von den Mahnungen eines massgebenden Teiles der Handelspresse, recht wenig geschehen. Gewiss liegen die Verhältnisse hier nicht so unkompliziert wie bei der Agitation für die Geldablieferung an die Reichsbank, und es sind namentlich nicht die Schwierigkeiten zu verkennen, die darin bestehen werden, das flache Land in breitem Umfange an den Bankverkehr anzuschliessen. Hier erscheint aber das Postscheckkonto als das taugliche Instrument, das am schnellsten auch bei dem kleinen Besitzer Eingang finden dürfte und von dem aus auch weite landwirtschaftliche Kreise, die heute noch gewohnt sind, das Geld zu thesaurieren, für den Verrechnungsverkehr gewonnen werden können. Daneben bietet sich aber auch den landwirtschaftlichen Genossenschaften jeder Art ein dankbares Feld, im vaterländischen Interesse für die Erziehung ihrer Mitglieder zum bargeldlosen Zahlungsverkehr zu wirken.

Der heimische Devisenmarkt konnte in den letzten Wochen grösstenteils ausserhalb der Betrachtung bleiben, da die Verhältnisse bei ihm sich so gut wie gar nicht verschoben haben. Gemäss dem geringeren Bedarf von manchen Lebensmitteln wie Gemüse, Kartoffeln usw., der

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Tag	Ereignisse
Mittwoch, 16. August	*G.-V.:* Niederlausitzer Kohlenwerke.
Donnerstag, 17. August	Ironage-Bericht. — *Reichsbankausweis.* — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Hedwigshütte Anthracit-, Kohlen- und Kokeswerke, Hochseefischerei Bremerhaven. — Schluss des Bezugsrechts neue Aktien Joh. C. Tecklenborg Schiffswerft.
Freitag, 18. August	*G.-V.:* Eisenwerk Maximilianshütte, Adler-Kaliwerke.
Sonnabend, 19. August	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Thörl Ver. Harburger Oelfabriken, Danziger Oelmühle, Kaliwerke Adolfs Glück, Zuckerfabrik Glauzig.
Montag, 21. August	*G.-V.:* David Richter.
Dienstag, 22. August	*G.-V.:* Strassburger Strassenbahn. — Schluss des Bezugsrechts Textilosewerke und Kunstweberei Claviez.
Mittwoch, 23. August	*G.-V.:* J. W. Busch, Lüdenscheid.
Donnerstag, 24. August	Ironage-Bericht. — *Reichsbankausweis.* — *Bankausweise London, Paris.* — *G.-V.:* Norddeutsche Hütte.
Freitag, 25. August	*G.-V.:* Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Fabrik isolierter Drähte C. J. Vogel.
Sonnabend, 26. August	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Waggonfabrik Jos. Rathgeber, Mechanische Treibriemenfabrik Gustav Kunz.
Montag, 28. August	*G.-V.:* Stahlwerk Becker, Dampfschiffs-Rhederei Horn Lübeck, Mittelrheinische Bank i. Liq.
Dienstag, 29. August	*G.-V.:* Maschinenfabrik Rockstroh & Schneider, Königin-Marienhütte Cainsdorf.
	Ausserdem zu achten auf: Geschäftsberichte, Bergwerke, Hütten, Zuckerfabriken. Verlosungen: 16. August: Oesterreichische Allg. Bodenkredit-Anstalt 3% 100 Gld. Präm.-Pfandbr. (1880), Panama-Kanal 400 Fr. 20. August: Congo 100 Fr. (1888), 3% Pariser 400 Fr. (1910). 22. August: 3% Crédit foncier de France Comm.-Obl. (1906, 1912). 25. August: $2^1/_2$% Pariser II. Metr.-Eisenb.-Anl. (1904).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen.

mit der Steigerung der heimischen Produktion in letzter Zeit zurückgegangen war und auch im Zusammenhang mit mancher Ausfuhrerschwerung, welche neutrale Nachbarländer eintreten liessen, zuletzt auch durch das deutsche Tabakeinfuhrverbot ist der Bedarf an Valuta seit einigen Wochen etwas geringer und es tritt gelegentlich auch in einigen Devisen als Folge unserer Exporttätigkeit ein gewisses Angebot hervor. Die regulierende Tätigkeit der Reichsbank hat aber auch weiterhin nennenswerte Schwankungen nicht aufkommen lassen und es finden sich daher leichte Rückgänge eigentlich nur bei den Balkanvaluten, während Schweizer Franken eine mässige Steigerung aufweisen. Im Sortengeschäft besteht weiter der starke Materialmangel in Rubelnoten; es ist zu hoffen, dass mit dem Beginn der Tätigkeit der neugegründeten Darlehnskasse der Ostbank für Handel und Gewerbe eine Milderung in diesem Zahlungsmittelmangel für Polen eintritt.

Justus.

Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Der Herausgeber des Plutus erteilt grundsätzlich keine Auskünfte über die Solidität und den Ruf von Firmen sowie über die Qualität von Wertpapieren. Alle hier wiedergegebenen Auskünfte sind nach bestem Wissen und eventuell nach eingehender Erkundigung bei Sachverständigen erteilt. Die Auskunfterteilung ist jedoch eine durchaus freiwillige Leistung des Herausgebers, für die er keinerlei vertragliches Obligo übernimmt.

W. F. Anfrage: Können Sie mir ein ausführliches Werk über das Gebiet der Kontrolle und Revision im Bankgeschäft empfehlen?

Antwort: Wir empfehlen für Ihren Gebrauch folgende Werke: Buchwald, Technik des Bankbetriebes (6 M.); Karl Porges, Die Kontrolle bei der Manipulation und Buchführung in Banken usw. (2,40 M.); R. Beigel, Theorie und Praxis der Buchführungs- und Bilanzrevision (7 M.); Robert Stern, Repertorium für Bank- und Sparkassenprüfungen (4 M.); C. Porzig, Die Technik der Bücher- und Bilanzrevision (1 M.).

Frau F. J. in K. Anfrage: Würden Sie die Güte haben und mir ein Buch kleineren Umfangs „Ratgeber für kleine Kapitalisten“ empfehlen?

Antwort: Wir empfehlen Ihnen für Ihre Zwecke das soeben erschienene Werkchen „Durch die Bank“, ein Unterweisungsbuch für jedermann, besonders für die Frauenwelt (1 M.). Grössere Abhandlungen sind weiterhin Arthur Norden: Kapitalsanlagen (6 M.). G. Obst: Kapitalsanlage und Vermögensverwaltung (1,20 M.). P. Ch. Martens: Wie man sein Geld vermehrt (2,40 M.). J. Böttger, Geldanlage und Vermögensverwaltung (2,75 M.).

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Zeitschrift für Handelswissenschaftliche Forschung. Herausgegeben von E. Schmalenbach, Prof. der Handelstechnik an der Handelshochschule Cöln Leipzig 1916. Verlag von G. A. Gloeckner. Preis für das Halbjahr 6,— *M.*

Heft 7/8. Die Bilanz im Lichte der Veranlagungsbehörden. Schuldentilgung und Einkommen. Von E. Schmalenbach — Revisionsverbände für Mittelstandsgeschäfte. Von Dr. Julius Hirsch. — Organisation und Buchhaltung einer Kolonialwaren-Grosshandlung. Von Bruno Siltmann, Dozent an der Handelshochschule Königsberg.

Heft 9/10. Organisation und Buchhaltung einer Kolonialwarengrosshandlung (Schluss). — Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens gemäss Verordnung vom 8. August 1914. Von Amtsrichter G. Oetelshofen. — Organisation und Buchführung von Betriebskrankenkassen (Fabrikkrankenkassen). Von Richard Bühler.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Actien-Zuckerfabrik Fallersleben, 21. 8., —, 2. 8. ● Adler Kaliwerke Aktiengesellschaft, Oberröbling am See, 18. 8., 16. 8., 28. 7. ● Aktiengesellschaft für Lackfabrikation, Hamm, 26. 8., 23. 8., 5. 8. ● Aktiengesellschaft für Metallindustrie vormals Gustav Richter, Pforzheim, 2. 9., 30. 8., 21. 7. ● Aktiengesellschaft Mannheimer Liedertafel, Mannheim, 25. 8., —, 10. 8. ● Aktieselskapet Bergens elektriske Sporvei, Bergen/Norwegen, 24. 8., 21. 8., 3. 8. ● Albert-Theater Aktiengesellschaft, Dresden, 23. 8., —, 31. 7. ● Anhalter Tapetenfabrik Ernst Schuetz Aktien-Gesellschaft, Dessau, 19. 8., 16. 8., 1. 8.

Bankverein Göttingen Aktiengesellschaft, Göttingen, 30. 8., 29. 8., 4. 8. ● Berliner Baubank Aktiengesellschaft, Berlin-Wilmersdorf, 29. 8., —, 26. 7. ● Berliner Jute-Spinnerei und Weberei, Berlin-Stralau, 31. 8., 28. 8., 9. 8. ● Bierbrauerei Kleincrostitz F. Oberländer, Aktiengesellschaft, Kleincrostitz, 31. 8., 28. 8., 5. 8. ● Blintendorfer Schiefer- und Kunststeinwerke Aktiengesellschaft, Blintendorf b. Gefell (Vgtld.), 30. 8., 26. 8., 9. 8. ● Boden-Aktiengesellschaft, Steglitz, 26. 8., 21. 8., 1. 8. ● Braunschweigische Maschinenbau-Anstalt, Braunschweig, 6. 9., 31. 8., 1. 8. ● Bremervörder Mühlenwerke Akt.-Ges. vorm. Herm. Hagenah, Bremervörde, 4. 9., —, 11. 8. ● F. W. Busch, Aktiengesellschaft, Lüdenscheid, 23. 8., 18. 8., 29. 7.

Centralbank für Eisenbahnwerte, Berlin-Dahlem, 1. 9., 28. 8., 3. 8. ● Chemische Fabrik Freiburg A.-G., Freiburg i. B., 12. 8., 8. 8., 28. 7. ● Cheviot- und Lodenfabrik Schwaig, Aktiengesellschaft, Schwaig b. Erdnig, 19. 8., 15. 8., 2. 8.

Dampfschiffsreederei „Horn“ Aktien-Gesellschaft, Lübeck, 28. 8., —, 7. 8. ● Deutsche Dampffischereigesellschaft „Nordsee“, Bremen, Norden-

ham, 31. 8., 28. 8., 7. 8. • Deutsche Gardinenfabrik A.-G., Plauen, 29. 8., 25. 8., 1. 8. • Deutsche Kranken- und Sterbe-Versicherungs-Anstalt a. G., Berlin, 2. 9., —, 3. 8. • Deutsch-Tripolitanische Handelsaktiengesellschaft, Hamburg, 29. 8., 26. 8., 4. 8. • Dorstener Bank Aktiengesellschaft, Dorsten i. Westf., 29. 8., 25. 8., 5. 8. • Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufactur, Actiengesellschaft, Dobritz b. Dresden, 30. 8., —, 8. 8. • Dürerbund, Werkbund-Genossenschaft, Einkauf, Herstellung und Verkauf von Wertarbeit fürs deutsche Haus, e. G. m. b. H., Hellerau, 30. 8., —, 7. 8.

Eisenwerk Kaiserslautern, 26. 8., —, 10. 8. • Elsässische Kalk- und Ziegelfabrik vorm. Reis & Bund Actienges., Strassburg i. E., 31. 8., 27. 8., 8. 8. • Elsässische Kraftwerke Aktiengesellschaft, Schlettstadt i. E., 31. 8., 27. 8., 11. 8. • Ems-Lots-Gesellschaft, Emden, 28. 8., 25. 8., 10. 8. • Erfurter Mech. Schuhfabrik A.-G., Erfurt-Ilversgehofen, 2. 9., 30. 8., 5. 8.

Fabrik für Eisenbahnbedarf Brenne, Hangarter & Cie., Aktien-Gesellschaft, Haspe i. W., 11. 9., 5. 9., 4. 8.

Gasanstalt Mügeln Akt.-Ges., Mügeln, 28. 8., —, 3. 8. • Gas- und Elektricitätswerke Bolchen A.-G., Bremen, 23. 8., 20. 8., 5. 8. • Gas- und Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft „Brema", Bremen, 26. 8., 23. 8., 31. 7. • Gas- und Elektricitätswerke Cölleda Aktien-Gesellschaft, Bremen, 23. 8., 20. 8., 4. 8. • Gaswerk Arolsen Aktiengesellschaft, Bremen, 23. 8., 19. 8., 4. 8. • Gaswerk Gifhorn A.-G., Bremen, 28. 8., 21. 8., 7. 8. • Gaswerk Gross- u. Klein-Räschen Aktiengesellschaft, Klein-Räschen, 23. 8., 19. 8., 31. 7. • Gaswerk Rietschen O.-L., Aktiengesellschaft, Rietschen, 31. 8., 28. 8., 11. 8. • Geestemünder Creditbank, Geestemünde, 2. 9., 30. 8., 10. 8. • Genthiner Actien-Brauerei zu Genthin, 21. 8., 19. 8., 28. 7. • Gewerkschaft des Eisensteinbergwerks „Paul" zu Triebel, 7. 8., —, 28. 7. • Gladbacher Wollindustrie Aktiengesellschaft vorm. L. Josten, M.-Gladbach, 2. 9., 31. 8., 31. 7. • Guhrauer Stärkefabrik Aktiengesellschaft, Nechlau, 26. 8., 22. 8., 1. 8.

Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, Hamburg, 25. 8., 22. 8., 5. 8. • Hammonia Stearin-Fabrik, Hamburg, 29. 8., —, 3. 8. • Hermann Herzog & Co., Aktiengesellschaft, Neugersdorf, Dresden-A., 26. 8., 22. 8., 20. 7. • Holzstoff-, Lederpappen- und Papierfabrik zu Wasungen a. d. Werrabahn, 26. 8., 23. 8., 28. 7.

Ilmebahn-Gesellschaft, Dassel, 26. 8., —, 29. 6. • Industrie-Land Aktiengesellschaft, Bremen, 29. 8., 19. 8., 25. 7. • Internationale Panorama- und Automaten-Aktien-Gesellschaft, Düsseldorf, 29. 8., —, 31. 7.

Gebrüder Junghans A.-G., Uhrenfabrik, Schramberg, 5. 9., 2. 9., 10. 8.

Kaliwerke „Adolfs Glück" A.-G., Lindwedel (Prov. Hannover), 19. 8., 14. 8., 28. 7. • Kammgarnspinnerei Liebschwitz a. d. Elster, 19. 8., —, 9. 8. • Kartoffelflockenfabrik Akt.-Ges., Pretzsch (Elbe), 27. 8., —, 9. 8. • Kellinghusener Dampfmühle Actiengesellschaft, Kellinghusen, 25. 8., —, 4. 8. • Kleinbahn-Aktiengesellschaft Kiel-Schönberg, 5. 9., 1. 9., 9. 8. • Kleinbahn-Aktiengesellschaft, Kiel-Segeberg, 5. 9., 1. 9., 9. 8. • Kölner Actien-Gesellschaft für Krankenpflege, Cöln, 28. 8., —, 7. 8. • Königin Marienhütte, Actien-Gesellschaft, Cainsdorf/Sa., 29. 8., 23. 8., 3. 8. • G. A. Krause & Co. A.-G., München, 30. 8., 26. 8., 3. 8. • Kunstanstalt (vormals Gustav W. Seitz) A.-G., Wandsbek-Hamburg, 30. 8., 27. 8., 3. 8.

Lahrer Strassenbahn-Gesellschaft, Lahr, 23. 8., 21. 8., 28. 7. • Landw. Moorkultur & Heideverwertungs-Genossenschaft e. G. m. b. H., Osnabrück, 14. 8., —, 29. 7. • Lübecker Oelmühle Aktiengesellschaft (vorm. G. E. A. Asmus), Lübeck, 24. 8., 20. 8., 5. 8.

Maschinenfabrik Rockstroh & Schneider Nf. A.-G., Dresden-Heidenau, 29. 8., 24. 8., 3. 8. • Mechanische Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz Aktiengesellschaft, Treuen i. S., 26. 8., 22. 8., 28. 7. • Mecklenburg-Pommersche Schmalspurbahn, Aktien-Gesellschaft in Friedland (Mecklg.), 21. 8., 17. 8., 31. 7. • Mittelrheinische Bank, Duisburg, 28. 8., 24. 8., 8. 8. • Münden-Hildesheimer Gummiwaren-Fabriken Gebr. Wetzell Actien-Gesellschaft, Hildesheim, 25. 8., 24. 8., 9. 8.

Norddeutsche Hütte Aktiengesellschaft, Oslebshausen b. Bremen, 24. 8., 21. 8., 3. 8. • Norddeutsche Tricotweberei vorm. Leonhard Sprick & Co. A.-G., Berlin, 1. 9., 28. 8., 5. 8. • North British Rubber Company Akt.-Ges., Berlin, 28. 8., —, 5. 8. • Nürnberg-Fürther Transport-Gesellschaft und Lader-Corporation Kommanditgesellschaft auf Aktien, Nürnberg, 5. 9., 3. 9., 11. 8.

Oberbilker Maschinenfabrik A.-G., Düsseldorf, 5. 9., 31. 8., 28. 7. • Obst- und Gemüseverwertung Gross-Berlin e. G. m. b. H., Berlin, 17. 8., —, 8. 8. • Oelwerke Stern-Sonneborn Actien-Gesellschaft, 25. 8., 15.—22. 8., 2. 8. • Oldenburger Möbel-Magazin, Oldenburg, 19. 8., 16. 8., 2. 8.

Papier- und Tapetenfabrik Bammental A.-G., Bammenthal, 19. 8., 15. 8., 28. 7. • Petuelsche Terrain-Gesellschaft, Aktien-Gesellschaft, München-Riesenfeld, 30. 8., 27. 8., 5. 8. • Pfeiffer & Schmidt, Aktiengesellschaft, Magdeburg, 17. 8., 14. 8., 28. 7. • Porzellan-Industrie-Aktiengesellschaft Berghaus, Auma/Th., 30. 8., 26. 8., 31. 7. • A. Prang, Dampf- u. Wassermühlenwerke, Gumbinnen, 6. 9., 2. 9., 8. 8.

Rheinische Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Cöln, 2. 9., 27. 8., 1. 8. • Rheinische Lederwerke, A.-G., Saarbrücken 1, 19. 8., 15. 8., 28. 7. • Moritz Ribbert, Actiengesellschaft zu Hohenlimburg, 2. 9., 30. 8., 2. 8. • Rotophot Aktiengesellschaft für graphische Industrie, Berlin, 22. 8., —, 31. 7.

Sächsische Gussstahlfabrik Döhlen b. Dresden, 30. 8., 27. 8., 5. 8. • Schwartauer Honigwerke und Zuckerraffinerie, Aktiengesellschaft, Bad Schwartau, 25. 8., 21. 8., 2. 8. • Stahlwerk Becker Aktiengesellschaft, Willich, 28. 8., 23. 8., 5. 8. • Strassburger Strassenbahn-Gesellschaft, Strassburg, 22. 8., 19. 8., 29. 7. • Sylter Dampfschiffahrt-Gesellschaft A.-G., Westerland, 2. 9., 30. 8., 7. 8.

Terraingesellschaft Neu-Westend Aktiengesellschaft, München, 31. 8., 28. 8., 7. 8. • Tuchfabrik Gladbach Aktiengesellschaft, M.-Gladbach, 2. 9., 29. 8., 21. 7.

Gebrüder Unger, Aktiengesellschaft, Chemnitz/Sa., 26. 8., 21. 8., 21. 7.

Vereinigte Feilenfabriken Berlin-Magdeburg Act.-Ges., 14. 8., —, 28. 7. • Vereinigte Leobschützer Mühlenwerke, Aktiengesellschaft, Leobschütz, 4. 9., 30. 8., 4. 8. • Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk A.-G., Bremen, 28. 8., 24. 8., 2. 8. • Vogtländisches Elektrizitätswerk, Bergen i. V., 30. 8., 26. 8., 2. 8.

Waggonfabrik Jos. Rathgeber, Actien-Gesellschaft, München-Moosach, 26. 8., 20. 8., 2. 8. • August Wegelin, Aktiengesellschaft für Russfabrikation und chemische Industrie, Cöln, 4. 9., 30. 8., 10. 8. • Württembergische Cattunmanufaktur, Heidenheim a. d. Brenz, 29. 8., —, 8. 8.

Zuckerfabrik Brühl, 30. 8., —, 5. 8. • Zuckerfabrik Jülich Alex. Schoeller & Co., Akt.-Ges., Jülich, 31. 8., 28. 8., 7. 8. • Zuckerfabrik Niederhone A.-G., Niederhone, 29. 8., —, 10. 8. • Zuckerfabrik Schottwitz, 2. 9., —, 11. 8. • Zuckerfabrik Sobbowitz, 24. 8., 22. 8., 5. 8.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. P. Ertel-Berlin